

(A) (Vizepräsident Dr. Klose)

Abstimmung auf und bitte, mit dem Namensaufruf zu beginnen.

(Der Namensaufruf erfolgt.)

Meine Damen und Herren! Ich frage, ob noch jemand eine Stimme nicht abgegeben hat? Herr Kollege Aigner, bitte schön. Ich glaube, das waren jetzt alle. Danke schön. Damit schließe ich die Abstimmung. Ich bitte, jetzt auszuzählen.

(Die Auszählung erfolgt.)

Meine Damen und Herren! Ich bitte um Ihre Aufmerksamkeit. Ich gebe Ihnen das Ergebnis der Abstimmung bekannt: Für den Antrag stimmten 109 Abgeordnete, gegen den Antrag 117 Abgeordnete. Damit ist dieser Antrag abgelehnt.

(Beifall bei der SPD)

Wir kommen jetzt zu der Abstimmung über den zweiten Teil des Antrages Drucksache 11/1437. Es sind die restlichen Paragraphen, nämlich 1, 2, 4, 18 und 24. Wer diesem Änderungsantrag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke! Die Gegenprobe! - Danke! Stimmenthaltungen? - Danke schön. Damit ist auch dieser Antrag abgelehnt.

(B)

Wir kommen nun zur Abstimmung über den Entwurf des Gemeindefinanzierungsgesetzes Drucksache 11/1191 entsprechend der Beschlußempfehlung Drucksache 11/1117. Wer dem Beschlußvorschlag seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Stimmenthaltungen? - Damit hat diese Beschlußempfehlung Zustimmung gefunden. Das Gemeindefinanzierungsgesetz ist damit in zweiter Lesung angenommen worden.

Zur Vorbereitung der dritten Lesung lasse ich abstimmen über die Rücküberweisung des Gesetzentwurfes an den Haushalts- und Finanzausschuß. Wer der Rücküberweisung zustimmen möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Stimmenthaltungen? - Es ist so beschlossen.

Wir kommen jetzt zur Abstimmung über den Antrag der Fraktion der F.D.P. Drucksache 11/809, Thema:

(C)

Garantie der kommunalen Selbstverwaltung durch gerechte und berechenbare Gemeindefinanzierung. Der Ausschuß für Kommunalpolitik empfiehlt in seiner Beschlußempfehlung Drucksache 11/1313, diesen Antrag der Fraktion der F.D.P. für erledigt zu erklären.

Wer dieser Empfehlung seine Zustimmung geben möchte, den bitte ich um das Handzeichen. - Danke schön! Die Gegenprobe! - Danke schön! Stimmenthaltungen? - Damit ist die Beschlußempfehlung angenommen worden.

Ich weise darauf hin, daß es noch einen Entschließungsantrag der Fraktion der CDU Drucksache 11/1435 gibt. Er bezieht sich sowohl auf den Antrag der F.D.P.-Fraktion - Drucksache 11/809 - wie auch auf das Gemeindefinanzierungsgesetz. Nach den hier geltenden Regeln wird über den Entschließungsantrag erst nach der Verabschiebung des Gemeindefinanzierungsgesetzes entschieden. Er wird damit in der Aprilsitzung zur Abstimmung gestellt.

Damit ist dieser Tagesordnungspunkt abgeschlossen.

Das Präsidium ist darüber unterrichtet worden, daß - abweichend von der ursprünglichen Tagesordnung - die Fraktionen sich darauf verständigt haben, daß nun zunächst die Behandlung der Stellenpläne erfolgt. Diesem Wunsch komme ich hiermit nach.

(D)

Ich rufe die Nummer 7 auf:

Stellenpläne

Ich eröffne die Beratung. Wer wünscht das Wort? - Ich erteile Herrn Kollegen Bensmann, dem Vorsitzenden des Unterausschusses "Personal", das Wort.

Abgeordneter Bensmann (CDU): Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Bereich "Personal" nimmt im Rahmen der Haushaltsplanberatungen zeitlich keinen großen Umfang ein. Aber trotzdem: Es geht hier um insgesamt 40 % des Haushaltsvolumens von insgesamt 71,3 Milliarden DM. Das bedeutet für etwa 340 000 Landesbedienstete einen Personalkostenaufwand von 27,4 Milliarden DM.

Das ist eine riesige Zahl. Um sie verständlicher zu

(A) (Bensmann [CDU])

machen: Es ist pro Tag eine Lohnsumme von 75 Millionen DM oder während meiner Redezeit von etwa 10 Minuten eine halbe Million DM. Für eine halbe Millionen DM kann man beispielsweise 425 Kindergartenplätze für ein Jahr finanzieren. Ich glaube, das macht deutlich, um welche Summe es hier im Bereich Personal geht.

Die Einnahmesituation des Landes ist aufgrund der günstigen wirtschaftlichen Entwicklung gut. Doch leider steigen in Nordrhein-Westfalen die Ausgaben für Personal in den letzten Jahren überproportional. Zugegeben, Herr Finanzminister - er ist nicht da, aber es geht um seinen Haushalt -, manche Aufgabenblöcke sind nicht politisch zu beeinflussen. Ich denke beispielsweise an die Tariferhöhungen im öffentlichen Dienst.

Deshalb muß grundsätzlich der Personalumfang auf seine Notwendigkeit hin überprüft werden. Hier ist es immer hilfreich, einmal über die Landesgrenzen hinwegzuschauen und die Personalkostenquoten zu vergleichen. Die Quote beträgt für Schleswig-Holstein, immer am Landeshaushalt gemessen, 38,8 %, für Hessen 40,1 %, für Bayern 40,9 %, und in Nordrhein-Westfalen beträgt sie - einschließlich der Landschaftsverbände, die man hinzuzählen muß - über 43 %.

(B)

Dazu muß man sagen, daß sich diese Statistik in den letzten Jahren nicht zugunsten Nordrhein-Westfalens verbessert hat. Im Gegenteil! Ich muß für die CDU feststellen, daß dies leider ein trauriger Minusrekord ist. Herr Schleußer, ich bin gespannt, wie Sie diesen Trend verändern wollen.

(Zustimmung bei der CDU)

Die Personalausgaben führen natürlich auch dazu, daß der Schuldenberg von zur Zeit über 110 Milliarden DM weiter ansteigt. Was sind die Hauptursachen für diese Entwicklung? - Erstens eine völlig aufgeblähte Ministerialbürokratie und zweitens, wie der damalige Finanzminister Posser es einmal beschrieben hat - ich zitiere ihn -: "Wir haben in der Vergangenheit zuviel Geld für unsere parteiideologischen Politikfelder ausgegeben."

Meine Damen und Herren, der Finanzminister und auch die SPD-Fraktion, insbesondere die Finanzpolitiker, sehen diese Gefahren und die sich in der Zukunft

(C)

weiter auftürmende Kostenlawine. Aber sie haben offensichtlich nicht die politische Kraft, diese Probleme grundsätzlich anzugehen, nämlich an der Wurzel, am Personalumfang.

Vizepräsident Dr. Klose: Herr Kollege Bensmann, erlauben Sie eine Zwischenfrage des Kollegen Schauerte?

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Wenn es nicht auf meine Zeit angerechnet wird, natürlich!)

Bitte schön.

Abgeordneter Schauerte (CDU): Herr Kollege Bensmann, teilen Sie nicht mit mir die Ansicht, daß bei dieser Debatte, in der es um 40 % des Haushaltsvolumens geht, der Finanzminister anwesend sein sollte? Könnte es sein, daß er vielleicht nur deswegen nicht anwesend ist, weil er sich gerade in den Aufsichtsrat von Thyssen wählen lassen soll, wo er nicht hingehört?

(Zustimmung bei der CDU)

(D)

Abgeordneter Bensmann (CDU): Herr Kollege Schauerte, das letztere kann ich nicht beurteilen. Aber daß er nicht hier ist, habe ich schon seit vier Minuten festgestellt.

(Minister Dr. Schnoor: Das ist wirklich unangemessen, Herr Schauerte! Die Tagesordnung ist doch umgestellt worden; er wußte das doch vorher nicht! - Zuruf von der SPD: Eine typische Schauerte-Frage! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Der Finanzminister muß dennoch da sein! - Minister Dr. Schnoor: Ich bin doch hier! - Weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Unsere Zeit ist genauso wertvoll wie die Zeit des Finanzministers! - Gegenruf von der SPD: Nickelig! - Weitere, lebhaftere Zurufe)

Vizepräsident Dr. Klose: Ich bitte jetzt, die Zwischenrufe zu unterlassen! Sie kommen hier sowieso nicht an. - Bitte schön, Herr Kollege Bensmann.

(A)

Abgeordneter Benschmann (CDU): Danke schön, Herr Präsident. Ich möchte nur feststellen, Herr Minister Schnoor, daß dies eine Vereinbarung zwischen den Fraktionen ist. Nach meinem Kenntnisstand ist Herr Minister Schleußer auch Mitglied der SPD-Fraktion. Insofern müßte er es wissen.

(Minister Dr. Schnoor: Herr Benschmann, dann wäre er doch hier!)

- Gut! - Ich hatte vorhin gesagt: Im Grunde genommen ist bei der Landesregierung und auch bei der SPD-Fraktion dieses Problem durchaus erkannt. Aber man packt es nicht an.

Ich möchte darauf hinweisen, daß wir im Unterausschuß "Personal" beispielsweise im Bereich der Polizei und der Lehrerversorgung seit über vier Jahren gemeinsame Beschlüsse haben, Ergebnisse von Personalbedarfsberechnungen und Strukturuntersuchungen dem Unterausschuß und dem Haushalts- und Finanzausschuß vorzulegen. Ich stelle fest, wie im letzten Jahr: Bis heute liegt kein einziges Ergebnis vor. Ich finde, das ist eine schlimme Mißachtung der Beschlüsse des Haushalts- und Finanzausschusses, eines Teilgremiums dieses Hauses.

(B)

Ich möchte einen zweiten Aspekt anfügen: Man ist offensichtlich selber nicht in der Lage, diese Probleme anzufassen, sondern kann nur unter dem Druck der Ergebnisse von externen Gutachten - sowohl vom Landesrechnungshof als auch von Wirtschaftsunternehmen - handeln. Dazu möchte ich feststellen, daß diese externen Gutachten - ich denke an das letzte von Kienbaum zum Schulbereich - viele Millionen Steuergroschen kostet. Ich meine, daß das nicht notwendig wäre, sondern daß man allein politisch entscheiden könnte und dieses Geld dafür nicht ausgeben müsse.

Herr Minister Schnoor, ich möchte in diesem Zusammenhang einmal den Finanzminister zitieren, der dies selber erkannt hat. Er hat in seiner Pressemitteilung vom November 1990 zum Thema der Finanzverwaltung folgendes gesagt - ich zitiere mit Genehmigung des Präsidenten -:

Aus diesem Grund stellt die Personalbedarfsberechnung, die jährlich durchgeführt wird, in vielen Bereichen nur eine Personalverteilungsrechnung dar, weil wesentliche Ausgangswerte nicht mit

(C)

organisationswissenschaftlichen Methoden abgesichert sind.

Derzeit bereitet der von der Landesregierung eingesetzte Arbeitsstab Aufgabenkritik eine solche Untersuchung für die gesamte steuerliche Betriebsprüfung vor.

Meine Damen und Herren, das ist nur ein Beispiel des zuständigen Finanzministers. Diese Selbsterkenntnis und Absichtserklärungen helfen uns jedoch nicht weiter.

Selber zieht der Finanzminister als zuständiger Ressortchef auch nicht die entsprechenden Konsequenzen. Im Gegenteil: Er packt in die alte Kiste der letzten Jahre und greift wiederum zum untauglichen Instrument der Wiederbesetzungssperre.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ja.)

Wie mit der Beförderungssperre im letzten Jahr versucht er mit dieser Methode - ich bezeichne sie einmal als Rasenmähermethode -, die überhöhten Personalkosten in den Griff zu bekommen.

Für das Jahr 1991 bedeutet diese Wiederbesetzungssperre, daß 1 500 Arbeitsplätze im Land nicht besetzt werden. Das Fatale an diesem Instrument ist folgendes: Hier wird nicht nach Wertigkeit und Wichtigkeit entschieden, sondern Kommissar Zufall ist da am Werk. Nämlich dort, wo zufällig - beispielsweise durch Pensionierung - eine Stelle frei wird, wird diese Aufgabe nicht wahrgenommen.

(D)

Hier muß doch die grundsätzliche Maxime lauten: Entweder muß eine Landesaufgabe erfüllt werden; dann braucht man diese Stelle auch. Oder sie muß nicht erfüllt werden; dann kann man diese Stelle streichen.

Aber einfach nach dem Lotterieprinzip zu verfahren und danach vorzugehen, wo vor 35 Jahren einmal ein Landesbediensteter eingestellt worden ist, der jetzt ausscheidet und dessen Aufgabe dann neun Monate nicht wahrgenommen wird, das ist ein Instrument, das nicht nur ungerecht ist im Einzelfall - vor allen Dingen dort, wo es ganz kleine Dienststellen betrifft -, sondern das darüber hinaus auch noch in der Sache untauglich ist.

(A) (Bensmann [CDU])

Wir lehnen diese Wiederbesetzungssperre grundsätzlich ab. Dazu gehört auch die Phasenverschiebung. Fachleute wissen, was ich meine.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Ein weiterer Beweis für die Konzeptlosigkeit der Landesregierung, die Personalkosten mit einer langfristigen Strategie in den Griff zu bekommen, ist der Vorschlag des Finanzministers, entgegen dem ersten Entwurf alle 1 126 zusätzlichen Stellen zu streichen. Hier haben Gott sei Dank auch die Kollegen von der SPD-Fraktion dem Finanzminister eine Abfuhr erteilt. Gemeinsam haben wir dort, wo es notwendig ist, den Personalumfang erhöht.

Beispielhaft möchte ich nennen: Wir sagen grundsätzlich ja zum Drogenprogramm. Wir sagen ja zu den 25 Stellen in der Landesstelle Unna-Massen. Wir sagen aber - in aller Deutlichkeit - nein zu der Aufblähung der Ministerialbürokratie und zur Umressortierung in Höhe von 156 Stellen. Wir sagen auch grundsätzlich nein zu den Forderungen des Umweltministers.

(B)

Meine Damen und Herren, die Schwerpunkte - das ist bei den Einzelplanberatungen von meinen Kolleginnen und Kollegen der CDU am gestrigen Tage schon deutlich gemacht worden - liegen vielmehr im Bereich der Bildung und Sicherheit. Ich nenne hier nur Stichpunkte: Wir wollen 2 000 zusätzliche Lehrer über den Ergänzungsbedarf hinaus. Wir wollen 300 zusätzliche Polizeianwärter. Wir wollen - damit wenigstens die größten Lücken in der Finanzverwaltung geschlossen werden - 50 zusätzliche Anwärterstellen.

(Abgeordneter Heidtmann [SPD]: Wir wollen sparen!)

Ich bin glücklich darüber, daß wir gemeinsam - über alle Fraktionsgrenzen hinweg - eine Lösung für die sogenannten Weyerlinge - das wird der Herr Kollege Walsken bestätigen - gefunden haben. Ich kann hier feststellen, daß alle damals lebensälteren Bewerber bis zur Pensionierung in die Endstufe A 9 m.Z. kommen. Ich meine, das ist eine gute Botschaft für die Polizei.

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Lassen Sie mich zum Abschluß noch etwas zu der

(C)

Personalhilfe in unserem Partnerland Brandenburg sagen: Die CDU sagt dazu grundsätzlich ja. Wir werden aber sorgfältig darüber wachen - erste Stimmen aus Potsdam machen uns sehr nachdenklich -, daß mit dieser deutsch-deutschen Wiedervereinigungshilfe keine Parteibuchpolitik betrieben wird. Ich glaube, das wird auch in der nächsten Zeit noch an diesem Ort zu bereden sein.

Ich darf Ihnen das sagen und möchte Sie bitten, Herr Minister Schnoor, das sowohl an Herrn Minister Clement als auch Herrn Minister Schleußer weiterzugeben.

(Minister Dr. Schnoor: Heißt das auch für Herrn Biedenkopf, daß das Parteibuchpolitik ist?)

- Nein, ich spreche nicht von Herrn Biedenkopf und Sachsen,

(Abgeordneter Dr. Dammeyer [SPD]: Das sollten Sie aber lieber einmal!)

sondern von der Hilfe in Brandenburg, und zwar von der konkreten Art und Weise, wie dort das von Nordrhein-Westfalen bezahlte Personal eingesetzt wird.

Zum Schluß fordere ich Sie, meine Damen und Herren von der SPD und insbesondere meine Kolleginnen im Personalausschuß sowie im Haushalts- und Finanzausschuß auf: Setzen Sie mit uns die seit Jahren gemeinsam gefaßten Beschlüsse zur Personalstruktur hier im Parlament um und stimmen Sie unseren Anträgen zu, damit wir nicht - wie damals bei Kohle und Stahl - in eine ähnliche, dann aber personalpolitische Finanz- und Strukturkrise schliddern! - Ich bedanke mich.

(D)

(Beifall bei CDU und F.D.P.)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Bensmann von der CDU-Fraktion und erteile das Wort dem Abgeordneten Walsken für die Fraktion der SPD.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wir führen hier eine richtige Gespensterdiskussion. Die Staatssekretäre und Minister, die es angeht, sind nicht da!)

(A)

Abgeordneter Walsken (SPD): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich halte es für eine Zumutung, Herr Kollege Schauerte, daß Sie sich einzelne Kollegen herauspicken und auf sie herabschauen zu müssen meinen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Die sind doch zuständig!)

Wenn Sie sich umschauchen würden, würden Sie feststellen, daß auch andere mit der gleichen Berechtigung angesprochen werden könnten.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wer ist denn noch Finanzminister?)

Ich finde, wir sollten die Kollegialität der Beratungen in diesem Hause nicht durch unnötige Schärfen, die Sie hier hineinbringen, und persönliche Beleidigungen in Frage stellen. Wir sollten vielmehr sachlich diskutieren. Sie wissen, daß die Tagesordnung geändert worden ist. Sie wissen auch, daß die Änderung der Tagesordnung Nachteile für alle in diesem Hause mit sich bringt. Auch nicht alle Ihre Kollegen hatten die Chance, sich auf die Änderung der Tagesordnung einzustellen.

(B)

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Walsken, gestatten Sie eine Frage des Abgeordneten Dr. Busch?

Abgeordneter Walsken (SPD): Herr Kollege Busch, ich möchte meine Ausführungen im Zusammenhang vortragen. Sie sind gleich an der Reihe und werden auf meine Rede antworten können. Ich möchte über die belanglose Frage, wo sich gerade der Finanzminister aufhält, keine stundenlange Debatte führen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Aber der Staatssekretär könnte doch wenigstens anwesend sein! Wir sollten die Beratung unterbrechen!)

Vizepräsident Schmidt: Herr Walsken hat das Wort, Herr Schauerte.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das ist doch wirklich eine Zumutung, Herr Präsident!)

(C)

Abgeordneter Walsken (SPD): Herr Kollege, Ihre Bemerkungen sind ebenfalls eine Zumutung für das Klima in diesem Hause,

(Beifall bei der SPD)

und dies nicht nur seit eben, sondern schon seit längerer Zeit.

(Zuruf des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Walsken, bitte fahren Sie fort.

Abgeordneter Walsken (SPD): Meine Damen und Herren, allein dieses Vorgeplänkel hat mir schon ein paar Minuten Zeit gekostet. Ich weiß gar nicht, ob es noch möglich ist, die ganzen inhaltlichen Probleme, die mit dem Stellenplan zusammenhängen, vorzutragen.

Es ist zu Recht darauf hingewiesen worden, daß der Personalbereich 40 % des Landeshaushalts ausmacht. Nach dem Stand der zweiten Lesung haben wir im Landeshaushalt einen Stellenzuwachs von 2 736 Stellen; davon sind 1 300 in den parlamentarischen Beratungen hinzugekommen, die anderen waren bereits im Entwurf der Landesregierung in der Fassung der Ergänzungsvorlage enthalten. Das sind, verglichen mit den Veränderungen in den Haushaltsplänen 1989 und 1990, ganz bescheidene Zahlen. 1989 und 1990 hatten wir Veränderungen in der Größenordnung von etwa 20 000 Stellen, Verbesserungen, die durch Streichung von kw-Stellen und durch Einstellungsvermerke erreicht worden sind. Über 20 000 Verbesserungen in den Jahren 1989 und 1990 stehen 2 700 Verbesserungen in diesem Haushaltsjahr gegenüber; das ist natürlich eine Verminderung der Möglichkeiten und nur eine geringfügige Verbesserung der Stellenplansituation.

(D)

Der Grund, der Ihnen allen bekannt ist, liegt darin, daß die Einnahmen in Nordrhein-Westfalen aufgrund unserer Zusage, den fünf neuen Ländern finanziell zu helfen, gesunken sind. Wir haben einen Einnahmeverlust von 1,4 Milliarden DM kompensieren müssen, indem wir auch die Ausgaben um 1,4 Milliarden DM reduziert haben. Diese Kompensation hat natürlich auch den Bewegungsspielraum im Bereich der Perso-

(A) (Walsken [SPD])

nale erheblich eingeschränkt.

Schließlich, meine Damen und Herren, wird der Spielraum bestimmt durch die im Gegensatz zu der Behauptung von Kollegen Bensmann stehende nachweisbare Tatsache, daß die Steuereinnahmen nicht gestiegen sind. Im Gegenteil sind die verstetigten Steuereinnahmen, von denen hier gesprochen worden ist, in den letzten Jahren zurückgegangen. Also: Die Steuerlüge, die Sie in Bonn praktizieren, wiederholen Sie in diesem Landtag, indem Sie falsche Zahlen über die Entwicklung der Steuereinnahmen vortragen.

(Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.]: Sind die zurückgegangen?)

- Schauen Sie sich die Zahlen an: 1991 werden 0,0 % Steuermehreinnahmen erwartet - eine Reduzierung der Mehrwertsteuer und dadurch letzten Endes Steuermindereinnahmen. Das sind die Fakten, um die es geht. Es sind nicht die Zahlen, die Sie gern hätten.

(B)

Wenn ich den Tarifabschluß der ÖTV hinzurechne, der einen Nachholbedarf realisiert, komme ich zu der Feststellung, daß auch von dieser Seite her, was die personellen Belastungen im Landeshaushalt anbelangt, eine Grenze bei der offensiven Einstellungspolitik der letzten Jahre gegeben ist. Wenn ich alle Faktoren zusammennehme, wird es in den nächsten Jahren nur begrenzte Möglichkeiten geben, zusätzliche Personale einzustellen bzw. unsere politischen Probleme durch zusätzliche Personale aufzufangen.

Dennoch sind, wie gesagt, über 2 700 Stellen mehr geschaffen worden, allein im Lehrerbereich über 1 000, unter anderem durch die dritte Verbesserung der Schüler-Lehrer-Relation bei den Schulen für Lernbehinderte, über 800 Stellen bei der Polizei, 200 Stellen bei der Gewerbeaufsicht einschließlich Regierungspräsidenten, 400 Stellen an den Hochschulen, 100 Stellen für das Drogenprogramm und weitere Stellen für Unna-Massen, Rechenzentrum der Finanzverwaltung und Finanzgerichte.

Einer der Schwerpunkte lag bei der Ausbildungsfrage. Wir haben uns im Unterausschuß vorgenommen, die Frage der Ausbildungskapazität und des Ausbildungsbedarfs in den nächsten Jahren einer intensiven Prüfung zu unterziehen. Wir haben in diesem Jahr bereits 50 Stellen für den mittleren Dienst der Finanzverwaltung, 20 bei der Justizverwaltung und 700

(C)

bei der Polizei als Nachwuchsförderung zusätzlich ausgewiesen. Was wir in diesem Jahr zum ersten Mal in größerem Umfang getan haben, werden wir nach Überprüfung der Kapazitäten und Prognosen noch einmal diskutieren, um zu einer vernünftigen Einstellungspolitik für die nächsten Jahre zu kommen.

Sie wissen, daß die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes in den letzten Jahren nachgelassen hat. Wir haben in einigen Bereichen schon akute Schwierigkeiten, den Personalmangel durch Nachwuchskräfte zu mindern. Das gilt insbesondere für die Ingenieurbereiche und die Steuerverwaltung.

Deshalb hat es uns nicht verwundert, daß die Fragen der Eingangsbesoldung einschließlich der Möglichkeiten, Altersstufen vorzuziehen, die Frage der Beförderungsmöglichkeiten innerhalb der Laufbahn und verbesserter Aufstiegsmöglichkeiten bei der Diskussion mittlerweile schon eine größere Rolle spielen als die Frage von Neueinstellungskontingenten. Ich muß auch sagen: Die Organisationen, mit denen wir gesprochen haben, haben bei der Frage von Neueinstellungen ein großes Maß an Verständnis dafür geäußert, daß wir wegen der Finanzierung der Hilfe für die fünf neuen Bundesländer in diesem Jahr nicht die Möglichkeiten haben, die wir uns eigentlich gewünscht hätten.

(D)

Meine Damen und Herren, wenn man sich all diese Herausforderungen vor Augen führt - Verstetigung der Einnahmen, aber keine Verbesserung, allenfalls Verschlechterungen, Nachwuchsmangel aus konjunkturellen Gründen, gleichzeitig Pensionsberge, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen -, wird jedem klar, daß die Diskrepanz zwischen möglichem Stellenbedarf, den wir haben, und gesellschaftlichen Realitäten, die mit Einstellungen befriedigt werden, sowie dem, was wir finanzieren können und wollen, immer größer wird. Das heißt, die öffentliche Hand als Dienstleistungsfaktor wird in den nächsten Jahren in immer größere Schwierigkeiten kommen, und das wird Konsequenzen haben.

Ich will einige Konsequenzen nennen. Der erste Punkt wird sein, daß wir die Wettbewerbsfähigkeit des öffentlichen Dienstes zu steigern versuchen. Die Binnenstrukturen gewinnen größere Bedeutung: Qualifizierung, Fortbildung, Aufstieg, Eingangsbesoldung und anderes.

Der zweite Punkt ist, daß wir uns bemühen müssen,

(A) (Walsken [SPD])

durch intelligente Organisationslösungen, durch sinnvolle Aufgabenverteilung und -verlagerung die Strukturen des öffentlichen Dienstes zu verbessern, zu effektivieren, weil wir dadurch notwendigen Personalzugang auffangen können. Ich denke, daß das die Hauptaufgaben sein werden, mit denen wir uns in den nächsten Jahren zu befassen haben.

Ich bin froh, daß wir im Unterausschuß mittlerweile Beratungsmöglichkeiten für Organisationslösungen dadurch haben, daß uns der Arbeitsstab "Aufgabenkritik" des Finanzministers zuarbeitet und wir administrativ und parlamentarisch langsam das verwirklichen können, was wir in den letzten Jahren versucht haben anzustoßen.

Meine Damen und Herren, das alles gilt nur unter der Voraussetzung, daß sich die Finanzierungsmöglichkeiten der öffentlichen Hand - des Landes und der Gemeinden - in den nächsten Jahren nicht weiter verschlechtern. Ich spreche hier ganz offen die Frage der Vermögensteuer an.

(B)

Alles, was ich genannt habe, gilt unter der Voraussetzung, daß wir in der Tat keine konjunkturellen Einbrüche erleben. Das heißt, die Konjunktur muß sicher sein, und wir gehen auch davon aus, daß die Bundespolitik berechenbar bleibt. Berechenbarkeit der Bundespolitik bedeutet aber auch, daß wir davon ausgehen, daß die Steuereinnahmen, die wir bisher gehabt haben, nicht durch strukturelle Veränderungen in Bonn verschlechtert werden.

Wenn die Vermögensteuerabschaffung realisiert wird, wie sie in Bonn verabredet worden ist, wird das unseren Haushalt mit 1,8 Milliarden DM Mindereinnahmen belasten. Die Rechnung ist bekannt. 700 000 Bürger in Nordrhein-Westfalen werden mit durchschnittlich 3000 DM im Jahr steuerlich entlastet, während jeder Bürger in diesem Lande durch die andere Seite Ihrer Steuermaßnahmen in Bonn um 1000 DM belastet wird. Das ist die soziale Komponente Ihrer Politik, und die Politik bedeutet für die öffentlichen Kassen, daß das, was ich an wünschenswertem Bedarf genannt habe und was die Opposition, noch darüber hinausgehend, als wünschenswertem Bedarf bezeichnet hat, nicht nur nicht realisiert werden kann, sondern daß wir weitere Einschnitte in unserem Gefüge hinnehmen müssen, wenn auch nur ein kleiner Teil dessen, was in Bonn verabredet worden ist, durchkommt, nämlich die Vermögensteuer

(C)

er und die Gewerbesteuer abzuschaffen.

Meine Damen und Herren, ich kann hier nur an die Bundesregierung in Bonn appellieren - wir haben da weniger Einflußmöglichkeiten -, daß sie sinnvolle Steuerpolitik betreibt, die nicht die öffentlichen Kassen weiterhin belastet. Nur so können wir auch gegenüber den Bediensteten dieses Landes und gegenüber der Öffentlichkeit, für die diese Bediensteten zuständig sind, ein gutes Gesicht wahren und unsere Aufgaben wahrnehmen.

(Beifall bei der SPD)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke Herrn Abgeordneten Walsken. Für die Landesregierung hat Herr Innenminister Dr. Schnoor um das Wort gebeten.

Innenminister Dr. Schnoor: Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich möchte für die Landesregierung eine Bemerkung über den Verlauf der Debatte machen. Der Finanzminister ist hier nicht anwesend, weil er davon ausgeht, daß zunächst der Einzelplan 14 beraten wird. Ich habe mit ihm vorhin darüber gesprochen. Auch Frau Kollegin Brusis ist bis zu Beginn dieser Debatte davon ausgegangen, daß der Einzelplan 14 beraten wird. Nun ist es selbstverständlich das Recht des Landtags, die Tagesordnung zu ändern. Aber wenn die Absprachen, die die Parlamentarischen Geschäftsführer treffen, die Landesregierung nicht erreichen, dann bitte ich um Verständnis dafür - -

(D)

(Mehrere Zurufe)

- Aber entschuldigen Sie vielmals - -

(Zahlreiche weitere Zurufe - Glocke des Präsidenten)

- Aber lieber Herr Schauerte, ich will mich nicht mit Ihnen über diesen Punkt streiten. Ich will Ihnen nur erklären, daß es nicht eine Mißachtung des Finanzministers gegenüber dem Parlament und gegenüber der Haushaltsberatung ist, sondern daß es daran liegt, daß das Parlament in eigener Souveränität den Ablauf der Tagesordnung geändert hat und daß wir das nicht rechtzeitig erfahren haben.

(A) (Minister Dr. Schnoor)

(Erneut Zurufe)

Dann lasten Sie uns an, daß wir das nicht rechtzeitig erfahren haben; aber jedenfalls liegt darin nicht eine Mißachtung des Parlaments und schon gar nicht der Opposition.

Worüber ich mich geärgert habe, Herr Schauerte - das will ich hier ganz deutlich sagen -, das waren die Zwischentöne, mit denen Sie hier gegen die paritätische Mitbestimmung ins Feld gezogen sind.

(Widerspruch bei der CDU)

Darüber habe ich mich geärgert; aber darüber, meine Damen und Herren, ist das letzte Wort noch nicht gesprochen. Darüber reden wir noch!

Vizepräsident Schmidt: Danke schön, Herr Innenminister! Für die F.D.P.-Fraktion darf ich das Wort dem Kollegen Wickel erteilen. Bitte schön!

(B)

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Lassen Sie uns zum Stellenplan zurückkommen. Als ich dieser Tage erzählte, daß dieser Landtag nach dem Haushalt 1991 320 Beschäftigte hat, rutschte meinen Gesprächspartnern heraus: Das ist ja dreimal so viel wie früher! Es lohnt sich wirklich, darüber einmal nachzudenken; denn wozu führt denn dieses "dreimal so viel wie früher"? Da werden sich Gedanken gemacht, wie die Abgeordneten verwaltet werden; da werden sich Gedanken gemacht, wer hier mit dem Schildchen herumlaufen muß und wer nicht; da werden sich Gedanken gemacht, ob jemand, der mit dem Schildchen kommt, einen Schlips anhaben muß oder nicht - obwohl Abgeordnete als viel buntere Vögel herumlaufen als ein Mitarbeiter ohne Schlips. Da werden Reiserichtlinien entwickelt; da wird die Mitarbeiterpauschale ausgefeilt.

Meine Damen und Herren, da ist doch irgendwo die Überlegung zulässig: Wenn da dreimal so viele Leute sind, dann denken dreimal so viele Leute nach, wie sie nachweisen können, warum sie nötig sind, und dann wird dieser Landtag mit einem Gestrüpp von Regelungen überzogen, von dem man bezweifeln muß, ob wir das brauchen.

(C)

Ich denke nur einmal an die USA. Da werden Sie in der Senatsitzung und im Kongreß erleben, daß die Mitarbeiter auf den Stufen vor diesem Pult sitzen, daß es da locker zugeht, und da fangen wir solche Fackelzüge mit Schildchen, Kontrollen, Krawatten und dergleichen mehr an! Irgendwo stimmt da etwas nicht, und ich gebe es einmal vorab zum Nachdenken. Wir sagen: Es ist genug, es ist zu viel; auch der Landtag sollte sich da bescheiden.

(Vereinzelt Beifall)

Nun haben wir in der Stellenplankommission drei Schwerpunkte herausgearbeitet - drei Schwerpunkte, die für meine Fraktion, die F.D.P.-Fraktion, den Bereich Schule, den Bereich Polizei und den Bereich Fachhochschulen betreffen.

Wir sind uns, so glaube ich, einig, daß es an der Schule bei dem Unterrichtsausfall so nicht weitergehen kann. Der Schulminister, der ja der fleißigste Sitzer hier ist, wird das auch bestätigen. Er sagt nur, er habe kein Geld.

Bei der Polizei spiegelt die allgemeine Situation die Probleme wider, wobei hier anzumerken ist: Das haben wir in all den Jahren noch nie gehabt, daß so viele Polizeibeamte während der Ausbildung die Ausbildung hingeschmissen haben und gegangen sind. Da entwickelt sich also ein gesellschaftspolitisches Problem, das, wenn wir eines Tages vielleicht Polizeibeamte brauchen, wir keinen mehr bekommen werden, weil wir gesellschaftliche Parameter falsch gesetzt haben, so daß niemand mehr Polizeibeamter werden will, weil er sich nicht nur von jedermann anmeckern lassen will und dazu auch noch schlecht bezahlt wird.

(D)

Wir haben diese drei Punkte, Schule/Lehrer, Polizei und Fachhochschulen - da waren es nur 100 Fachhochschulprofessoren im Bereich Laboringenieure, die wir haben wollten -, in dieser Kommission nicht durchsetzen können.

Vizepräsident Schmidt: Herr Kollege Wickel, würden Sie eine Frge von Frau Morawietz zulassen?

(Abgeordneter Wickel [F.D.P.]: Nein, ich komme mit der Zeit nicht zurecht. Wenn man

(A) (Vizepräsident Schmidt)

so wenig Zeit hat, kann man keine Zwischenfragen beantworten.)

Keine Zwischenfrage; okay!

Abgeordneter Wickel (F.D.P.): Ich mache es wie Kollege Walsken. Er sagte: Ich komme später darauf zurück! und vergaß es dann.

Meine Damen und Herren, wir haben also in unseren Forderungen und in dem, was nötig ist, wirklich nicht überzogen, und man muß diesem Stellenplanausschuß eines zugestehen: Es ist eines der kollegialsten Gremien, die ich hier kenne. 90 %, wenn nicht sogar 95 % aller Beschlüsse zu jedem Einzelplan wurden dort in stundenlangen Sitzungen einvernehmlich gefaßt. Ich spreche bei dieser Gelegenheit den Dank an den Gutachterdienst, der eine echte Hilfe ist, aus.

(Allgemeiner Beifall)

Dort ist sachlich gearbeitet worden. Wir unterscheiden uns letztlich nur in den Feldern, in denen die verschiedenen Fraktionen ihre Schwerpunkte sehen. Sehr deutlich unterscheiden wir uns aber bei der Wiederbesetzungssperre.

(B)

Es kann doch wohl nicht wahr sein, daß, wenn in einer vom Land finanzierten Klinik ein Assistenzarzt oder eine Schwester ausscheidet oder wenn in einem vom Land finanzierten Altenpflegeheim eine Pflegekraft ausscheidet, die Wiederbesetzungssperre greift.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Das ist aber wahr!)

- Es darf aber nicht wahr sein, Herr Dr. Vesper. Man muß das einmal nachvollziehen! Eine Wiederbesetzungssperre hat doch nur einen Sinn, wenn vorher entschieden wird, ob eine Stelle nötig ist oder nicht.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: So ist es!)

Ist sie nötig, muß sie wiederbesetzt werden, ist sie nicht nötig, wird sie gestrichen. Dieses Instrumentarium ist wohl das untauglichste, das es gibt, wenn man Dienstleistungen am Bürger erbringen will.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Aber es

(C)

erinnert mich an die 10-%-Anträge von Ihnen!)

- Verehrter Herr Vesper, es gibt hier und da schon einmal die Möglichkeit einer Globalsperre, da geht man aber in sächliche Kosten, und da sehen die Dinge anders aus, denn da kann umgeschichtet werden und es braucht nicht mit einer Wiederbesetzungssperre gearbeitet zu werden.

(Abgeordneter Bensmann [CDU]: Ein Zehntel Mensch gibt es nicht!)

Die Landesregierung muß sich auch folgendes vorhalten lassen: Man kann in einer solch schwierigen Personalsituation, da man Schulen, Polizei und Fachhochschulen nicht bedienen kann, keine neuen Ministerien schaffen und 184 neue Beamte zu den Regierungspräsidien setzen. Diese empfinden wir Kommunalpolitiker ohnehin nicht immer als erfreulich, denn die Rolle der Kommunalaufsicht haben sie weitestgehend aufgegeben, sie versuchen, eigene Politik zu machen.

(Abgeordneter Riscop [CDU]: Sehr richtig!)

Diesen Eindruck kann man aus dem Kölner Gebiet, aus dem ich komme, schon haben.

(D)

(Minister Dr. Schnoor: Es gibt den Umweltschutz!)

- Verehrter Herr Minister! Wenn Umweltschutz bei den RPs gemacht wird, heißt das: Eingriff in die kommunale Selbstverwaltung. Das heißt immer auch: Prüfung des Opportunitätsverhaltens.

(Minister Dr. Schnoor: Es geht um die Wirtschaft! Die Genehmigungsverfahren!)

Ich will das an einem Beispiel klarmachen: Der Regierungspräsident wirkt in eine Kommune hinein, obwohl er rechtlich dazu keinen Tatbestand hat. Aber der Regierungspräsident muß den Haushalt genehmigen und vielleicht auch einmal bei einem Bebauungsplan helfen. Also kommt die Opportunitätserwägung: Halte ich den Mund, obwohl er mir nichts zu sagen hat, denn wenn ich ihn aufmache, würgt er mir bei den Feldern, wo er etwas zu sagen hat, einen rein?

(Minister Dr. Schnoor: Es geht doch um die

(A) (Wickel [F.D.P.]

Investitionen der Wirtschaft, die wir fördern wollen!)

- Verehrter Herr Innenminister, zwischen Praxis und Theorie besteht ein großer Unterschied.

(Beifall bei der CDU)

In der Praxis sieht es in den Kommunen wesentlich anders aus, wenn diese Gremien so stark sind, wie Sie sie - wenn auch gut gemeint - gemacht haben.

(Minister Schleußer: Wirtschaftsförderung, Herr Kollege Wickel!)

Wenn dadurch die Wirtschaft gefördert wird, sollten wir einmal überlegen, ob manche Bestimmungen bei uns richtig sind. Wenn in eine neue Müllverbrennungsanlage für 40 Millionen DM ein zusätzlicher Filter für Dioxine eingebaut werden soll, ist die Frage, ob, wie es die Forderung des RP ist, in ein neues Genehmigungsverfahren gegangen werden muß oder ob das gesetzlich so gelöst wird, daß der Filter eine Verbesserung ist, für die kein neues Genehmigungsverfahren nötig ist. Das ist das, was uns Kummer macht.

(B) (Minister Dr. Schnoor: Da muß man in den Bundesrat!)

- Ne, ne, ne, immer erst an die eigene Nase packen, dann auf andere zugehen!

(Beifall bei der CDU)

Noch ein paar Bemerkungen zu den Tarifverträgen. Der Finanzminister hat gestern aufgrund meiner Einlassungen gesagt: Das macht sechs mal 240 Millionen DM aus, also 1,5 Milliarden DM; 1,7 Milliarden DM habe ich im Haushalt, was wollen Sie denn? Schauen wir uns das genauer an!

Linear macht das beim Land 6,3 %, bei den Kommunen fast 7 % aus, Herr Finanzminister - siehe Verband kommunaler Unternehmen, der das errechnet hat. Die strukturellen Verbesserungen liegen bei über 2,5 %; das sind fast 9 % mehr als das, was gedacht war. 3 % hatten Sie im Haushalt, 1,4 % hatten Sie für die neuen Stellen, die Sie gestrichen haben.

(Minister Schleußer: Wer sagt denn das?)

(C)

- Das konnten wir aus den Zahlen herauslesen. Ich habe in Ihrem Hause nachgefragt.

(Minister Schleußer: Dann können Sie nicht lesen! - Abgeordneter Dautzenberg [CDU] zu Minister Schleußer: Das haben Sie gestern noch gesagt!)

Wenn Sie die Neueinstellungen weggelassen haben, um Ihr 1,4-Milliarden-Loch, über das wir die ganze Woche diskutiert haben, zu decken, können Sie da keine Luft mehr haben. Also bleibt nur übrig: Entweder haben Sie mehr Luft im Haushalt, als Sie uns sagen, oder Sie vertrauen auf die Regelung in einem Nachtragshaushalt im Herbst, oder die Übersicht der tatsächlichen Kosten ist - aus welchen Gründen auch immer - nicht gewünscht, oder Sie versuchen das durch die Veränderung der Einstellungspraxis - selbst wenn dieser Landtag das beschlossen hat - zu kompensieren. Die Rechnung geht nicht auf: Wenn ich 4,5 % im Haushalt hatte, alle Reserven durch Mindereinnahmen und geänderte Beschlüsse erschöpft habe und fast 9 % - das sind rund 2 Milliarden DM - zusätzlich decken soll, stimmt etwas nicht. Das müßte uns noch sehr deutlich erläutert werden.

Letzte Bemerkungen zum Stellenplan. Der Kollege Walsken hat es eben angetippt: Ab 1993 kommen auf den Haushalt dieses Landes Pensionslasten zu, daß uns Hören und Sehen vergehen wird.

(D)

(Zustimmung des Abgeordneten Dautzenberg [CDU])

Weil die Pensionswellen, die 1993 beginnen, erhebliche Belastungen bedeuten, werden Neueinstellungen fast unmöglich gemacht. Und, meine Damen und Herren, ich glaube, daß auch die durch die Bevölkerung veränderte politische Landschaft Schwerpunkte von uns erwartet, mit denen wir bisher noch nicht rechnen. Ich komme wieder auf mein Beispiel zurück: Wir haben nun einmal eine überalterte Bevölkerung, und in dieser wächst rein psychologisch das Sicherheitsbedürfnis überproportional. Wir müssen rechtzeitig zusehen, daß wir über die Ressourcen, die wir bei der Polizei und an den Schulen brauchen, nicht Ad-hoc-Entscheidungen treffen müssen, so daß wir die Handlungsfähigkeit unserer Haushalte verlieren. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei der F.D.P.)

(A)

Vizepräsident Schmidt: Ich danke dem Kollegen Wickel von der F.D.P.-Fraktion und erteile Frau Abgeordneten Hürten von der Fraktion DIE GRÜNEN das Wort. Bitte schön!

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Herr Präsident! Liebe Kolleginnen und Kollegen! Ich will an dieser Stelle besonders und ausschließlich zu der personellen Situation bei der Gewerbeaufsicht sprechen. Dank der von der Landesregierung vollzogenen Trennung der Ämter finden wir die Stellen für die Gewerbeaufsicht jetzt in zwei Einzelplänen. Im Einzelplan 07 finden wir die Stellen für den Arbeitsschutz, und im Einzelplan 10 die Stellen für den Immissionsschutz. Im Einzelplan bei den Regierungspräsidenten finden wir zwar auch noch einzelne Gewerberäte und -amt männer. Diesen Einzelplan klammere ich aber bei meiner Betrachtung aus, da die Zuordnung zur Gewerbeaufsicht sich für uns aus dem Haushaltsplan nicht eindeutig ergibt.

Nachdem im ursprünglichen Haushaltsentwurf tatsächlich Personalaufstockungen vorgesehen waren, flimmerten mir beim Studieren des Ergänzungsbandes die Augen. Seitenweise Minuszeichen, Minuszeichen, Minuszeichen.

(B)

Fangen wir an mit dem Einzelplan 07. Beim Einzelplan 07 glaubte die Landesregierung, ihren ursprünglichen Ansatz um 20 A 13-Stellen, um 19 A 10-Stellen, um 2 A 8-Stellen, um 19 Angestellten- und 4 Arbeiterstellen reduzieren zu können. Was sagt dazu jetzt die SPD-Fraktion? Wir wissen ja alle, die SPD-Fraktion hat sich gerühmt, für die Gewerbeaufsicht Stellen gerettet zu haben. Eben haben wir gehört, es sollen sogar 200 sein. Sie forderte für den Bereich 20 zusätzliche A 13-Stellen, 7 A 10-Stellen, 3 Angestellten- und 3 Arbeiterstellen. Im Einzelplan 07 streicht der Rotstift der Landesregierung im Ergänzungsentwurf 12 A 13-Stellen, 33 Angestellten- und 5 Arbeiterstellen. Dank der SPD-Fraktion sollen jetzt doch 12 A 13-Stellen zur Übernahme der Gewerbereferendare erhalten werden, des weiteren 7 Angestellten- und 3 Arbeiterstellen.

In beiden Einzelplänen blieb auch die SPD-Fraktion weit hinter den ursprünglichen Haushaltsansätzen zurück. Dieser Stellenpoker um die Gewerbeaufsicht ist eine Farce. Beim Vergleich der Stellenpläne habe

(C)

ich den Eindruck, Regierung und SPD-Fraktion hätten ein paar Runden gepokert. Mit einer tatsächlichen Orientierung am Bedarf, an den dringendsten Notwendigkeiten, hat der Haushaltsansatz für die Gewerbeaufsicht nichts zu tun. Er gleicht tatsächlich eher einem Glücksspiel. Wenn man Runde um Runde verloren hat, ist man schnell geneigt, sich als Sieger zu sehen, wenn man nur das letzte Spiel gewonnen hat.

Wichtig ist aber das absolute Ergebnis unter dem Strich. Um das Ergebnis bewerten zu können, müssen wir vergleichen, wie es mit dem Stellenplan für 1990 aussieht. Nehmen wir den Arbeitsschutz. Hier rühmt sich die SPD, neue Stellen geschaffen zu haben. Diese Stellen entpuppen sich als eine zerplatzende Seifenblase.

(Beifall des Abgeordneten Dr. Vesper [GRÜNE])

Der Stellenplan von 1991 enthält im Bereich der A 10- bis A 13-Stellen, also bei den Stellen, die für die Effizienz der Gewerbeaufsicht von herausragender Bedeutung sind, 12 Stellen weniger als 1990. Es werden in diesem Bereich also nicht nur keine neuen Stellen geschaffen, sondern sogar noch 12 Stellen abgebaut. Beim Immissionsschutz sieht es nicht besser aus.

(D)

Nach dieser ganzen Hin- und Herschieberei wurden mit diesem Haushalt gegenüber 1990 ganze 15 Stellen geschaffen. Für die im Jahre 1991 hinzukommenden neuen Aufgaben werden allerdings nach eigenen Aussagen mindestens 30 Stellen benötigt. Unter dem Strich also auch hier 1991 weniger Stellen als 1990. Da kann ich nur sagen: Gut geblufft, Genossen von der SPD. Aber jetzt, wo die Karten auf dem Tisch liegen, ist dann doch ein Nullouvert daraus geworden, während Sie der Presse weisgemacht haben, Sie hätten einen Grand Hand. Wie sieht nun die Realität bei der Gewerbeaufsicht aus?

(Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Sind Sie bei der Volksbank, junge Frau, daß Sie über Genossen sprechen?)

Meine Damen und Herren von der SPD, bitte entschuldigen Sie, daß ich Sie als Genossen angesprochen habe.

(A) (Hürten [GRÜNE])

(Minister Matthiesen: Ja, so weit sind wir noch nicht.)

- Bitte entschuldigen Sie, Herr Matthiesen. Ich gebe das ausdrücklich zu Protokoll; das war ein Fehlgriff.

Wie sieht nun die Realität bei der Gewerbeaufsicht aus? Bereits seit Jahren wird über erheblichen Personalmangel und damit über das Vollzugsdefizit geklagt. Im Jahre 1986 legte Minister Matthiesen - ich freue mich, daß er jetzt hier ist - eine Stellenbedarfsberechnung für die Gewerbeaufsicht vor. Basis dieser Berechnung war eine Analyse von 1983, die damals einen Stellenbedarf von 1 553 Stellen ergab. Die Analyse von 1986 errechnete nun aufgrund des Aufgabenzuwachses den benötigten Stellenzuwachs und kam im Ergebnis zu einem dringenden Bedarf von 1 798 Gewerbeaufsichtsbeamten. Die Studie schrieb damals - ich zitiere mit Erlaubnis des Präsidenten -:

Der Aufgabenzuwachs ergibt sich einmal aus der Wahrnehmung der Aufgaben in den besonders herausragenden Aufgabengebieten, die mit hohen Risiken verbunden sind und mit dem Begriff "Sicherheit in der Chemie" zu bezeichnen sind. Hier sind zu nennen:

- (B)
- Erstens: Störfallverordnung
 - Zweitens: Überwachung der Beförderung gefährlicher Güter; aber auch
 - drittens die Emissionserklärungsverordnung
 - Viertens die TA Luft
 - Fünftens: Probleme der Reststoffverwertung und Reststoffentsorgung sowie
 - sechstens: Durchführung der Gefahrstoffverordnung.

In der Begründung heißt es insbesondere zum Bereich der Störfallverordnung:

Die Verantwortungslast der mit der Durchführung der Störfallverordnung befaßten Gewerbeaufsichtsbehörden und auch für den einzelnen Beamten hat damit eine besondere Dimension erreicht. Der hieraus entstehende Verantwortungsdruck auf den einzelnen Beamten, auf die nachgeordneten Behörden und auch für das Ministerium kann nur dadurch abgefangen werden, daß die Überwachung der Durchführung der Störfallverordnung in den Betrieben mit einer Konsequenz betrieben wird, wie dies bisher für den Aufgabenbereich der

(C)

staatlichen Gewerbeaufsicht noch nicht der Fall gewesen ist.

Das war 1986. In bezug auf die Gefahrguttransporte heißt es:

Mit der überaus schwierigen und verantwortungsträchtigen Überwachungsaufgabe mußten besonders geschulte Gewerbeaufsichtsbeamte eingesetzt werden, die nunmehr für andere Überwachungsaufgaben nicht mehr zur Verfügung stehen.

Für alle Bereiche wurde bereits damals mit deutlichen Worten das Vollzugsdefizit ausgemalt; ein letztes Beispiel: die TA Luft.

Im Lande Nordrhein-Westfalen sind 14 000 Anlagen für die Luftreinerhaltung relevant. Um die Vollzugsdefizite im Bereich der Altanlagen-sanierung

- ich zitiere Ihren Bericht, Herr Matthiesen -

nicht noch weiter zu vergrößern, ist eine zusätzliche Zuweisung von Stellen für 55 Beamte notwendig.

So hieß es, wie gesagt, bereits 1986.

(D)

Der zusätzliche Stellenbedarf bezifferte sich damals auf 492 Stellen. Anstelle von Stellenzuwachs hat es seitdem eher Stellenabbau gegeben, obwohl ein weiterer wichtiger Bereich, die Umsetzung des Gentechnikgesetzes, dazugekommen ist.

Über eine Kleine Anfrage zu dem Thema haben wir erfahren, daß im Haushaltsentwurf 1991 für die Gewerbeaufsicht Stellen für die Gentechnik in den Einzelplänen 03, 07 und 10 eingebracht werden sollten. Nach dem Stellenpoker jetzt ist das völlig unklar. Ich frage Sie, meine Herren, an dieser Stelle: Werden Sie dieses Jahr Fachleute für den Bereich Gentechnik in den Gewerbeaufsichtsämtern einstellen? Wenn ja, wie viele? Und welche anderen Stellen werden dafür dann gestrichen? Welches Loch soll zuerst gestopft werden? Bei Ihrem Haushalt heißt ja ein Loch stopfen, an anderer Stelle neue Löcher aufreißen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

(A) (Hürten [GRÜNE])

Die ÖTV spricht von einem Defizit von rund 700 Stellen. Basis dieser Schätzung ist eine Bedarfs-erhebung über die Personalräte. Fahrer, Verwaltungs-beamte, technische Aufsichtsbeamte - überall fehlt Personal, fehlen Stellen.

Verschärfend kommt hinzu, daß der jetzt neube-schlossene neunmonatige Wiederbesetzungsstopp bei der Gewerbeaufsicht schon lange Realität ist. Allein in Dortmund gibt es über 30 nicht besetzte Stellen. Die GRÜNEN lehnen diesen Wiederbesetzungsstopp ab. Wir haben einen entsprechenden Antrag einge-bracht.

Meine Damen und Herren von der Landesregierung! Die Stimmung bei den Beschäftigten der Gewerbeauf-sicht ist nicht auf Null, sie ist unter dem Nullpunkt; dort herrscht Eiszeit. Es wird höchste Zeit, daß Sie das Tauwetter einläuten, damit auch dort der Frühling einkehrt.

Wie können Sie es eigentlich verantworten, das Voll-zugsdefizit ständig zu vergrößern? Hiermit meine ich ganz konkret die Trennung der Bereiche Arbeits-schutz und Umweltschutz. Mit Interesse habe ich gelesen, daß die fachaufgabenspezifische Trennung innerhalb der Gewerbeaufsichtsämter einen Mehrauf-wand, geschätzt von beiden beteiligten Ministerien, von 10 bis 30 % ergibt, der insbesondere aus zusätz-lichen Fahrzeiten resultiert. Wenn ich allein diesen von Ihnen selbst geschätzten Mehraufwand von durchschnittlich 20 % zu der Personalbedarfsanalyse von 1986 addiere, ergibt sich ein Stellenbedarf von 2 150 Stellen insgesamt.

(B)

Mir scheint, Sie sind an publikumswirksamen PR-Aktionen allerdings mehr interessiert als an der ver-antwortungsvollen Erledigung der tagespolitischen Aufgaben. Bei einem Bericht über ein teures Schad-stoffmobil steht ja auch nicht dabei, daß das Problem der Fahrer noch nicht gelöst ist und daß das entspre-chende Fachpersonal fehlt.

Vor kurzer Zeit habe ich Ihre Methode des organi-sierten Vollzugsdefizits noch als Wirtschaftsförderung bezeichnet, mein Kollege Kreuzt gestern auch noch einmal. Ich muß mich hier, zumindest teilweise, korrigieren. Am vergangenen Wochenende kritisierte der Geschäftsführer der IG Chemie in Köln, daß in Köln 2 Milliarden DM für Modernisierung und Neu-investitionen in Industriebetrieben brachliegen.

(C)

(Minister Matthiesen: Warum wohl? Weil Sie alles blockieren, überall!)

Daß sich diese ungeheure Summe aufgestaut habe, liege an den zu langsamen Genehmigungsverfahren.

(Minister Matthiesen: Sie demonstrieren doch überall dagegen. Das ist doch wohl der Gip-fel!)

- Ich zitiere den Geschäftsführer der IG Chemie in Köln.

"Im ganzen Bundesgebiet mahlen die Behörden zwar langsam; Köln steht aber an der Spitze", sagt Kollege Hengstberger vor der Presse. Dreijährige Genehmi-gungsverfahren seien keine Seltenheit.

Daß Sie jegliches aktive Gegensteuern längst aus den Augen verloren haben, zeigt besonders der Bereich der Ausbildung. Die Ausbildung ist das Nadelöhr, durch das der für die Gewerbeaufsichtsämter so wichtige Nachwuchs kommen muß. Die Vermittlung von Qualifikation und Motivation müßte hier klare, herausragende Aufgabe sein. In der Realität scheint die Ausbildung eher abzuschrecken. Bei der Polizei muß es ja ähnlich sein, wie mein Vorredner eben gesagt hat. Nicht nur, daß die geringen Referendari-atsbezüge Menschen, die bereits eine Ausbildung oder sogar ein Studium absolviert haben, kaum locken können - auch die Ausbildung selbst versagt sowohl bei der Qualifikation als auch bei der Motivation.

(D)

Bei der Ausbildung zum gehobenen Dienst gab es in diesem Jahr beispielsweise 15 Prüflinge. Drei davon wurden erst gar nicht zur mündlichen Prüfung zuge-lassen, zwei fielen bei der mündlichen Prüfung durch; von den zehn Prüflingen, die bestanden haben, lehnten vier eine weitere Beschäftigung in der Gewerbe-aufsicht ab. Wenn Sie dieses Ergebnis nicht als Kata-strophe bewerten, wenn Sie nicht dadurch aufge-schreckt werden und Konzepte vorlegen, wie die Ausbildung verbessert werden kann, wenn Sie nicht erkennen, daß auch finanziell eine Mindestmotivation gegeben sein muß, kann ich nur annehmen, daß diese Situation von Ihnen gewollt ist.

Die Anträge der GRÜNEN sind erste Schritte zum Abbau des Vollzugsdefizits bei der Gewerbeaufsicht. Im Gegensatz zur Landesregierung haben wir aller-dings auch eine mittelfristige Planung vorgelegt, wie

(A) (Hürten [GRÜNE])

der Personalnotstand bei der Gewerbeaufsicht behoben werden kann.

Präsidentin Friebe: Frau Kollegin, kommen Sie dann bitte langsam zum Schluß; Ihre Redezeit ist zu Ende.

Abgeordnete Hürten (GRÜNE): Ja. - Wer das Vollzugsdefizit bei den Gewerbeaufsichtsämtern schrittweise aufheben will, muß den Anträgen der GRÜNEN zustimmen. Im Bereich Arbeitsschutz haben Sie leider unseren Antrag schon abgelehnt. Allerdings haben Sie noch eine Chance: zumindest der Aufstockung im Immissionsschutz zuzustimmen. - Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Für die Fraktion der SPD erteile ich Herrn Abgeordneten Trinius das Wort.

Abgeordneter Trinius (SPD): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Herr Schauerte, Sie haben allen Anlaß, über Ihren politischen Stil nachzudenken.

(B)

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ach, Herr Trinius!)

Sie mißbrauchen jede Gelegenheit, um andere Personen, insbesondere Minister, persönlich zu verunglimpfen und ihre Motive in den Schmutz zu ziehen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Unsinn!)

Ich will das verdeutlichen: Die Tagesordnung ist heute hier kurzfristig geändert worden.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Seit gestern ist das klar!)

- Nein, heute früh ist das geändert worden. Sie wissen das genau wie ich.

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Nun lassen Sie uns doch darüber nicht streiten, Herr Trinius!)

(C)

Der Minister hat es heute erfahren.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das liegt an Ihnen!)

- Das liegt nicht an uns.

Er hat sich selbstverständlich auf diese Tagesordnung eingerichtet, und Sie machen daraus den Vorwurf, das sei eine Mißachtung des Parlaments, und der Minister befinde sich in einem Aufsichtsrat, wo er nicht hingehöre.

Ich wiederhole deshalb: Sie mißbrauchen jede Gelegenheit, um hier Personen zu verunglimpfen und ihre Motive in den Schmutz zu ziehen.

(Beifall bei der SPD)

Man kann ja über die Mitgliedschaft in Aufsichtsräten denken, wie man will;

(Abgeordneter Dr. Vesper [GRÜNE]: Allerdings! - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Und rechtmäßig muß es sein! - Minister Dr. Schnoor: Unerhört ist dieser Zuruf! - Minister Matthiesen: Unerhört!)

(D)

aber deshalb erinnere ich Sie daran, daß Heinrich Köppler vor etwa 14 Jahren im Hauptausschuß des Landtags Nordrhein-Westfalen erklärt hat: Immer dann, wenn ein Minister das Vertrauen der Belegschaft eines paritätisch mitbestimmten Betriebes hat, dann soll er diesen Aufsichtsratsposten wahrnehmen.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Das verstößt gegen das Landesgesetz!)

Und nicht Sie befinden darüber und geben Herrn Kollegen Schleußer das Vertrauen, sondern er hat das Vertrauen der Belegschaft! Dieses Vertrauen hat er gehabt, bevor er Minister wurde, und das hat er noch - und das ist gut so!

(Beifall bei der SPD)

Ich will das Weitere dazu bemerken, nur damit Sie vielleicht einmal selbst Ihr politisches Handeln und Urteilen kritisch in den Blick nehmen: Es ist mir gestern genauso aufgestoßen wie diese Sache, als Sie

(A) (Trinius [SPD])

über die Montagsdemonstranten in Leipzig geurteilt haben.

Es kann nicht angehen, daß Politiker glauben: Wenn Demonstranten für etwas streiten, was sie für gut halten, dann sei das eine ordentliche, demokratische Aktion. Wenn sie aber für etwas streiten, was ihnen nicht paßt, nämlich für Brot, Arbeit, gesunde Umwelt, und sich dabei gegen die Bundesregierung richten, dann ist das für Sie eine von links gesteuerte, unterwanderte Demonstration, und dann müssen wir uns schützend vor die Kräfte stellen, die uns die Demokratie gebracht haben.

Deswegen sage ich Ihnen: Überdenken Sie Ihren politischen Stil! Motive in den Schmutz zu ziehen, halte ich für gefährlich, auch für dieses Parlament!

(Beifall bei der SPD - Minister Matthiesen: Sehr gut!)

Präsidentin Friebe: Ich erteile Herrn Abgeordneten Schauerte für die Fraktion der CDU das Wort.

(B) Abgeordneter Schauerte (CDU): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Wir diskutieren heute den Stellenplan, der über 40 % des Haushaltsvolumens ausmacht. Die Entscheidung, daß dieser Stellenplan heute morgen zeitlich so diskutiert wird, wie er diskutiert worden ist, ist gestern zwischen den Parlamentarischen Geschäftsführern verabredet worden. Der Parlamentarische Geschäftsführer der SPD - ich denke an die kurze Schiene der SPD - wird natürlich auch die Landesregierung davon informiert haben. Ich kann mir das anders einfach nicht vorstellen; denn das gehört ja sicherlich zum Aufgabenbereich. Es mag sein, daß das Präsidium erst heute morgen davon erfahren hat. Das ist bedauerlich.

(Minister Dr. Schnoor: Der Landtag ist für uns maßgebend!)

Aber es wird sicherlich so gewesen sein, daß Herr Wendzinski die Landesregierung oder Mitglieder der Landesregierung davon unterrichtet hat.

Im übrigen, Herr Finanzminister, es kommt doch gar nicht nur auf diesen Einzelplan an. Wir diskutieren den Haushalt, und zu diesem Zeitpunkt sollte der

(C)

Finanzminister oder sein Staatssekretär hier sein, egal wie die Tagesordnung läuft.

(Beifall bei der CDU)

Wir diskutieren doch sonst über Phantome. Mit wem reden wir denn? Mit wem sollen wir denn in der zweiten Lesung ringen, wenn nicht mit der Landesregierung, die diesen Haushalt eingebracht hat? Deshalb ist unsere Empörung berechtigt.

(Zuruf des Ministers Dr. Schnoor)

Da wird immer gesagt, die Parlamentarier seien bei den Plenardebatten nicht da. Das ist schon beklagenswert. Aber wenn sich die Regierung der Debatte nicht stellt, warum sollen die Parlamentarier dann hier sein? Deswegen haben wir diesen Angriff gefahren, und deswegen ist dieser Angriff auch berechtigt.

(Beifall bei der CDU - Zurufe von der SPD)

Jetzt etwas zur Frage "Aufsichtsrat Thyssen"! Ich habe die Frage wegen der zeitlichen Duplizität der Ereignisse gestellt. Heute wird ja der Aufsichtsrat Thyssen gewählt. Deshalb habe ich die Frage gestellt, ob der Finanzminister möglicherweise deshalb nicht hier sein könne, weil er dort gerade gewählt werden soll. (D)

(Abgeordneter Trinius [SPD]: "Wo er nicht hingehört!")

Diese Frage ist berechtigt, jeder Parlamentarier darf sie stellen, ohne daß man ihm sagen darf, er habe einen miesen Stil.

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Trinius [SPD]: "Wo er nicht hingehört!")

Insbesondere darf er die Frage dann stellen, Herr Trinius - wenn Sie das noch einmal üben sollten, wie das mit dem Parlamentarismus ist -, wenn genau über diese Frage im Hauptausschuß sehr kontrovers diskutiert worden ist und wir mittlerweile ein Rechtsgutachten der Landtagsverwaltung vorliegen haben, das durchaus sagt, daß es mit dem Landesgesetz wohl so nicht in Einklang zu bringen ist, wenn der Minister in einen solchen Aufsichtsrat gewählt wird.

Nun etwas zur Geschichte! Wir haben das ja auch mit

(A) (Schauerte [CDU])

Herrn Farthmann angesprochen. Nun tun Sie doch bitte nicht überrascht. Selbst wenn in der Vergangenheit Minister über alle Parteien hinweg für solche Aufsichtsräte benannt worden sind, halte ich das und halten wir in der CDU-Fraktion das nach reiflicher Überlegung und Diskussion nicht mehr für zulässig und auch nicht für in Einklang mit den Gesetzen des Landes stehend.

(Beifall bei der CDU - Zuruf des Abgeordneten Walsken [SPD])

Wir werden - nehmen Sie das bitte ganz ernst! - an dieser Frage nicht loslassen. Wir wollen nicht mehr, daß Minister in Aufsichtsräten sitzen, an denen das Land nicht beteiligt ist und die nicht zur Ruhrkohle gehören, weil wir meinen, daß das mit ihrem Amt nicht in Einklang zu bringen ist.

(Zustimmung bei der CDU)

Wenn Sie uns dann entgegenhalten sollten, daß das auch bei der Ruhrkohle wegen des Gesetzes nicht geht, dann, bitte schön, müssen wir auch darüber reden.

(B)

Aber damit wir uns auch an dieser Stelle richtig verstehen: Ich habe gerade einen Brief gelesen, der von der IGBE, von der Gewerkschaft des Bergbaus, gesandt worden ist, wo gesagt wird, das sei ein zentraler Angriff auf die Montanmitbestimmung. Aber das hat nun wirklich nichts miteinander zu tun. Wenn unsere Landesgesetze sagen, daß Minister sich aus solchen Dingen herauszuhalten haben, - -

(Minister Schlußer: Das sagen sie nicht!)

- Das sagen sie; Sie werden das erleben, Herr Schlußer. Wir werden das Rechtsgutachten natürlich nicht einfach so liegenlassen. Da müssen wir uns eben rechtlich darüber streiten.

An diesem Thema wollen wir deutlich machen, daß die Verquickung von Politik und Wirtschaft auf das absolut notwendige Maß beschränkt sein muß

(Abgeordneter Trinius [SPD]: Verquickung!)

und nicht einfach immer weiter wachsen darf.

(C)

Präsidentin Friebe: Gestatten Sie noch eine Zwischenfrage?

Abgeordneter Schauerte (CDU): Nein. - Wenn ich das noch sagen darf: Das, was dem Herrn Späth da angelastet wird, warum er gehen mußte, ist bei der Verquickung, die Sie hier zum Teil haben, muß ich sagen, ist Herr Späth ein Meßdiener gewesen.

(Heiterkeit bei der CDU - Widerspruch bei der SPD)

Ist Herr Späth ein Meßdiener gewesen! Damit wir uns richtig verstehen: Trotzdem bin ich der Meinung, daß es richtig war, daß Herr Späth sein Amt abgab. Deswegen werden wir von der CDU nicht locker lassen. Wir werden die Minister aus den Aufsichtsräten herausholen, damit das ganz klar ist.

(Beifall bei der CDU - Zuruf von der SPD: Unverschämtheit! - Weitere Zurufe von der SPD)

Präsidentin Friebe: Ich erteile das Wort dem stellvertretenden Ministerpräsidenten Dr. Schnoor.

(D)

Innenminister Dr. Schnoor: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich spreche Sie, Frau Hieronymi, als stellvertretende Vorsitzende der CDU-Landtagsfraktion an. Es gibt in der Frage der Mitgliedschaft von Ministern in montanmitbestimmten Aufsichtsräten - insbesondere - hier einen neuen Streit. Den mögen wir austragen. Aber bevor wir über diesen Punkt sprechen, muß eines hier vom Tisch. Herr Schauerte hat hier vorhin durch einen Zwischenruf den Eindruck erweckt, als ob die Mitgliedschaft von Ministern in Aufsichtsräten nicht rechtmäßig sei. Das muß vom Tisch, Herr Schauerte! Das muß vom Tisch!

(Beifall bei der SPD)

Und da lassen wir in allem nicht locker. Ich darf Ihnen da folgendes sagen. Wir werden noch im Protokoll nachlesen, was Sie im einzelnen gesagt haben.

Ich will auf eines hier hinweisen, damit das jeder weiß. Die Landesverfassung enthält hier eine Rege-

(A) (Minister Dr. Schnoor)

lung, und der Hauptausschuß muß seine Genehmigung erteilen. Wenn der Hauptausschuß seine Genehmigung erteilt hat, ist die Anwesenheit eines Ministers in einem Aufsichtsrat rechtmäßig, Herr Schauerte. Dies bestreiten Sie hier, und das muß zunächst einmal vom Tisch. Dafür müssen Sie sich entschuldigen.

(Widerspruch bei der CDU)

Das ist der Punkt hier.

(Zurufe von der CDU)

Ich will Ihnen folgendes sagen. Diese verdeckten Hinweise - Herr Späth und Landesminister, wie sagten Sie? Meßdienermethoden seien das nur gewesen - finde ich geradezu ungläublich.

Ich will Ihnen folgendes zum Sachverhalt sagen, damit das auch jeder Bürger weiß. Ich beginne einmal bei meinem Aufsichtsratsmandat. Ich bin Mitglied eines Aufsichtsrats, und zwar bin ich als Mitglied der Gewerkschaft IGBE in den Aufsichtsrat der Bergbau-AG Niederrhein, eine Betriebsführungsgesellschaft der Ruhrkohle-AG, gewählt worden. Ich werde das hier in aller Deutlichkeit einmal aufführen.

(B) Ich bin dort nur hineingegangen, und zwar im Vollzug des Montanbestimmungsrechts als überbetriebliches weiteres Mitglied, weil die Gewerkschaft dies gewünscht hat. Verehrte Kolleginnen und Kollegen, dies ist für die Gewerkschaften ein wichtiger Punkt.

Um allen Versuchen eines Betriebssyndikalismus entgegenzuwirken, sollten überbetriebliche Mitglieder den Aufsichtsräten angehören. Ich habe daraufhin ja gesagt. Ich bin nur deshalb hingegangen. Ich bin daraufhin mehrfach von den Betriebsräten, auf den Vollkonferenzen gewählt worden. Ich habe mich der Wahl gestellt.

In den zehn Jahren, in denen ich dort bin, Herr Kollege Schauerte, habe ich persönlich die ganzen Anpassungsmaßnahmen im Bergbau mittragen und den Kollegen vermitteln müssen. Da sind Jahr für Jahr über 2 000 Arbeitsplätze wegrationalisiert worden. Dafür mußten wir dann unseren Kopf hinhalten und den Kollegen in den Betrieben das klarmachen. Ich sage Ihnen: Das ist kein Zuckerschlecken. Ich gehe aus dem Aufsichtsrat, wenn dies hier als anrü-

chig dargestellt wird. Dagegen verwehre ich mich mit allem Nachdruck.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Was soll das alles? - Abgeordneter Benschmann [CDU]: Hat doch niemand getan!)

- Doch, das tun Sie hier mit dem Zwischenruf, den Herr Schauerte gemacht hat: "Es muß rechtmäßig sein ...".

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Es muß auch rechtmäßig sein!)

Dagegen verwehre ich mich hier.

(Beifall bei der SPD)

Nun mögen Sie Ihre Auffassung, die Sie bisher in diesen Fragen gehabt haben, ändern. Das ist Ihre Sache. Bis zur Stunde war es die Auffassung der CDU im Hauptausschuß, daß bei der Erteilung der Genehmigung - die haben Sie bisher alle mitgetragen, sie war immer einstimmig - -

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Denken Sie einmal an die letzte Ausschußsitzung!)

- Herr Schauerte, weichen Sie hier nicht aus. - Bis zur Stunde war es Auffassung der CDU, daß bei der Erteilung der Genehmigung nach der Landesverfassung Mandate im Rahmen der Mitbestimmung genehmigungswürdig und genehmigungsberechtigt sind. Das hat die CDU bis jetzt immer mitgetragen. Wenn Sie das jetzt ändern wollen, ist das Ihre Sache. Aber erwecken Sie nicht den Eindruck, als ob alle Genehmigungen, die bisher erteilt worden seien, etwa gegen Ihre Stimme erteilt worden seien oder als ob es unanständig gewesen sei, meine Damen und Herren. Dagegen verwehre ich mich hier.

(Beifall bei der SPD - Zurufe von allen Fraktionen)

Im übrigen ist eins bezeichnend: Dies wird ja verdeckt so in der Art geführt: Der Herr Späth hat sich durch die Benutzung von Firmenflugzeugen möglicherweise Vorteile verschafft. In diesem Zusammenhang werden dann auch Landesminister in bezug auf bestimmte Aufsichtsratsmandate erwähnt.

(C)

(D)

(A) (Minister Dr. Schnoor)

Das eine sollten Sie auch wissen: Wir unterliegen der Abführungspflicht gegenüber der Stiftung Mitbestimmung. Darüber wird öffentlich nicht gesprochen. Wenn aber Unternehmensvertreter, Bankenvertreter große Beträge erwerben, dagegen haben Sie nie etwas gehabt, Herr Schauerte. Und das empfinde ich wirklich als eine ganz miese Angelegenheit, die hier von Ihnen betrieben wird.

(Beifall bei der SPD)

Ich erwarte, daß die CDU, ich erwarte, daß Herr Schauerte seine beleidigenden Äußerungen hier zurücknimmt.

(Widerspruch des Abgeordneten Schauerte [CDU])

Ich bin nicht mehr bereit, sonst an dieser Sitzung weiter teilzunehmen.

(Erregte Zurufe von allen Fraktionen - Beifall bei der SPD - Abgeordneter Schauerte [CDU]: Wenn der Zwischenruf beleidigend war, weiß ich es auch nicht mehr.)

(B) Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren! Wir sind bei der Beratung der Stellenpläne. Es ist richtig, daß durch den Diskussionsbeitrag unter anderem auch von Herrn Schauerte die Diskussion über ein ganz anderes Thema ansteht, nämlich über die Frage, ob jemand in den Aufsichtsrat berufen werden kann. Normalerweise sind wir aber bei den Stellenplänen, so daß wir eigentlich zur Sache zurückkommen müßten. Ich weiß natürlich, daß diese Frage jetzt hier im Raum steht. Ich habe noch weitere Wortmeldungen.

(Abgeordneter Walsken [SPD]: So ungeschoren kommt er nicht davon.)

Da hat sich nun zunächst Herr Dr. Farthmann gemeldet. Ich würde Sie aber bitten, daß wir das möglichst begrenzen.

(Zurufe von der CDU und der F.D.P.)

- Nein, ich habe Herrn Professor Dr. Farthmann das Wort erteilt. Es hatte sich vorher Herr Trinius gemeldet, der jetzt zugunsten seines Fraktionsvorsitzenden

verzichtet hat. Der hat jetzt das Wort. Frau Hieronymi kommt danach dran.

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Wenn Sie nicht so viel interveniert hätten, wäre ich auch schon fertig. Es wird gar nicht lange dauern, ich will nämlich nur einen Punkt ansprechen, meine Damen und Herren. Ich habe nicht gehört, was hier eben von Herrn Schauerte gesagt worden ist. Wenn es aber stimmt, was mir berichtet worden ist, daß Herr Schauerte gesagt hat, die Wahrnehmung einer Aufsichtsratsfunktion in einem Mitbestimmungsunternehmen im Interesse und im Auftrag der Arbeitnehmer dort, das sei ein Waisenknabe ... - oder so ähnlich haben Sie sich ausgedrückt.

(Erregte Zurufe von CDU und F.D.P. - Erhebliche Unruhe - Glocke der Präsidentin)

- Wir können ja zusammen einen singen, aber je lauter Sie brüllen, desto länger dauert es.

Wenn Herr Schauerte die Wahrnehmung eines Aufsichtsratsmandates in der Montanindustrie mit dem, was Herr Späth gemacht hat, gleichgesetzt haben sollte, der zurücktreten mußte, weil er mit kriminellen Praktiken auf Kosten der Steuerzahler und des Unternehmens in die eigene Tasche gewirtschaftet hat,

(Erregte Zurufe von allen Fraktionen)

dann fordere ich Sie jetzt auf, das sofort zurückzunehmen, sonst beantragen wir Unterbrechung der Sitzung.

(Beifall bei der SPD - Abgeordneter van Schewick [CDU]: Unglaublich! - Abgeordnete Garbe [SPD]: Sie dürfen sich nicht alles erlauben! - Erhebliche Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, ich darf Ihnen mitteilen, daß ich das Protokoll über das, was Herr Schauerte vorgetragen hat, angefordert habe. Ich werde dieses daraufhin prüfen und danach Entscheidungen treffen.

(C)

(D)

(A) (Präsidentin Friebe)

Zunächst erteile ich für die Fraktion der CDU Frau Hieronymi das Wort, die sich gemeldet hatte.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Frau Präsidentin, ich habe Unterbrechung der Sitzung beantragt, wenn er sich nicht entschuldigt! Wir nehmen das nicht hin! Wir gehen raus!)

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Ich möchte zwei Punkte aufgreifen, Herr Minister Schleußer. Einmal die Frage der Rechtmäßigkeit der Genehmigung der Wahl von Ministern in Aufsichtsräte von Unternehmen.

(Unruhe - Die SPD-Fraktion verläßt den Plenarsaal.)

Ihnen, Herr Minister Schleußer, liegt ebenso wie der SPD-Fraktion das Rechtsgutachten der Landtagsverwaltung vor, in der es auf die Frage nach der Rechtmäßigkeit eindeutig heißt - - Interessiert es die Kolleginnen und Kollegen der SPD-Fraktion schon nicht mehr, ob sich Minister hier rechtmäßig verhalten oder nicht?

(B) (Abgeordneter Trinius [SPD]: Das wird ja immer schlimmer!)

Wenn Sie sich der Debatte, ob sich die von Ihnen gestellten Minister rechtmäßig oder nicht rechtmäßig verhalten, nicht mehr stellen wollen, müssen Sie natürlich ausziehen!

Lesen Sie, wenn Sie schon ausziehen, wenigstens das Gutachten der Frau Präsidentin zu dieser Frage, damit Sie hinterher in der Debatte etwas sachkundiger sind. Lesen, nur lesen! Das reicht schon!

Präsidentin Friebe: Frau Hieronymi, sind Sie fertig?

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Nein, ich bin nicht fertig. Ich warte, bis die Kollegen ausgezogen sind, damit sie in Ruhe lesen können. Dann werde ich dem Plenum vortragen, was in dem Gutachten steht.

Präsidentin Friebe: Sie haben jetzt das Wort. Entwe-

(C)

der Sie reden weiter oder nicht.

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Ja, Frau Präsidentin. - Mit Rücksicht auf die ausziehenden Kollegen habe ich eine Pause gemacht. Jetzt führe ich die entsprechenden Aussagen der Landtagsverwaltung zu der Frage der Rechtmäßigkeit der Mitgliedschaft von Ministern in Aufsichtsräten vor. Mit Blick auf die Landesverfassung, Artikel 64 Abs. 3, der keine materiellen Einschränkungen der Genehmigungspflicht vorsieht, kommt dieses Gutachten zu dem Ergebnis - ich zitiere -:

Folgt man der wohl herrschenden Meinung im Schrifttum, dürfte die Genehmigung nicht erteilt werden.

Ich bitte Sie, zuzuhören, Herr Minister Schleußer - ist er noch anwesend? - Ich fahre in dem Zitat fort:

Denn bei der Thyssen AG Duisburg handelt es sich nicht um ein Unternehmen, bei dem das Land entweder durch kapitalmäßige Beteiligung oder durch andere rechtliche oder organisatorische Gegebenheiten ein Übergewicht besitzt.

Meine Damen und Herren, ich denke, damit dürfte auch - -

(D)

Präsidentin Friebe: Einen kleinen Moment mal, Frau Hieronymi. - Meine Herren, das geht so nicht! Herr Dr. Riemer, Herr Dr. Linssen, wenn hier jemand steht und redet, ist es unmöglich, daß Sie dort Gespräche führen. Wenn es notwendig ist, machen Sie es bitte draußen! - Bitte schön, Sie haben das Wort!

Abgeordnete Hieronymi (CDU): Meine Damen und Herren, damit dürfte auch auf die Frage, die Herr Minister Schnoor gestellt hat, ob die Rechtmäßigkeit angezweifelt werden könne, eine eindeutige juristische Antwort des Landtags vorliegen, die für uns alle gilt. Damit meine ich, daß der stellvertretende Ministerpräsident dieses Landes allen Grund hat, sich bei Herrn Kollegen Schauerte für seine ungeheuerlichen Unterstellungen zu entschuldigen.

(Beifall bei der CDU)

(A) (Hieronymi [CDU])

Ich möchte abschließend auf einen zweiten Punkt hinweisen. Herr Minister Schnoor - er, glaube ich, war es - hat hier erklärt, daß die CDU-Fraktion bis zur Stunde die vor 15 Jahren von Herrn Köppler vertretene Position mitgetragen hätte. Dies trifft nicht zu! Herr Minister Schnoor, die CDU-Fraktion hat zum ersten Mal in der Sitzung des Hauptausschusses vom 15. November 1990 die Frage nach der Rechtmäßigkeit gestellt

(Minister Dr. Schnoor: Richtig! Aber bis dahin haben Sie es mitgetragen!)

und um Information gebeten, welche Minister in welchen Aufsichtsräten sitzen.

(Minister Dr. Schnoor: Bis zu der Stunde haben Sie das mitgetragen!)

Zweitens. Nachdem unmittelbar vor der Entscheidung über eine erneute Berufung von Herrn Schleußer in den Aufsichtsrat der Thyssen AG endlich die Antwort der Landesregierung vorlag, hat die CDU-Fraktion - entsprechend der Diskussion der letzten fünf Monate, Herr Minister Schleußer - am 28. Februar ihre Zustimmung zur Genehmigung der Wahl von Herrn Minister Schleußer nicht gegeben. Daher ist auch Ihre zweite Aussage, daß die CDU-Fraktion bis zur Stunde diese Meinung vertreten hat, unzutreffend. Ich finde, auch dafür sollten Sie sich entschuldigen. - Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit.

(B)

(Beifall bei der CDU)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, die Fraktion der SPD hat um Unterbrechung der Sitzung gebeten. Diesem Petition kommen wir nach. Es entspricht den Gepflogenheiten, daß, wenn eine Fraktion darum bittet, die Sitzung unterbrochen wird. Ich unterbreche deshalb die Landtagssitzung und berufe den Ältestenrat für 13.30 Uhr ein. Die Sitzung ist unterbrochen.

(Unterbrechung der Sitzung von 13.29 bis 14.48 Uhr)

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, Platz zu nehmen. - Ich eröffne die unterbrochene Landtagssitzung und darf zunächst Herrn Dr. Farthmann für die Fraktion der SPD das Wort erteilen.

(C)

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Die Entgleisung von Herrn Schauerte, die vorhin zur Unterbrechung dieser Sitzung geführt hat, stellt den vorläufigen

(Erregte Zurufe von der CDU - Glocke der Präsidentin)

Höhepunkt einer Diffamierungskampagne der CDU gegen die Praxis der Montanmitbestimmung in unserem Lande dar.

(Widerspruch bei der CDU - Beifall bei der SPD - Die CDU-Abgeordneten verlassen den Saal. - Unruhe - Glocke der Präsidentin)

Das ist in der Sache ein Abrücken von einer jahrzehntelangen Gemeinsamkeit, und das kontrastiert insbesondere zu der Tatsache, daß der sächsische Ministerpräsident Biedenkopf

(Abgeordneter Dr. Busch [Düsseldorf] [GRÜNE]: Schlimme Praxis!)

gerade vor wenigen Tagen in einem Unternehmen der Klöckner-Gruppe zum Aufsichtsratsmitglied gewählt worden ist.

(Beifall bei der SPD)

(D)

Wer aber noch Zweifel hatte, meine Damen und Herren, wie die CDU über die Mitbestimmungspraxis denkt, der muß ja für das dankbar sein, was Herr Schauerte hier gesagt hat. Denn Herr Schauerte hat wörtlich gesagt:

Es ist eine Verquickung von Wirtschaft und Politik, was Herr Späth als Ministerpräsident von Baden-Württemberg gemacht hat,

- das ist wohl auch nicht zu bezweifeln -,

und wenn Mitglieder der Landesregierung in einem Aufsichtsrat tätig sind.

(Beifall bei den GRÜNEN und der SPD)

Das ist auch nicht zu bezweifeln. Dann hat Herr Schauerte aber gleichgesetzt: Wenn einer für private Urlaubsfreuden auf Unternehmenskosten als Politiker ausgehalten wird - einerseits - und wenn jemand

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

legale Rechte der Arbeitnehmer zur Erhaltung von Arbeitsplätzen in unserem Lande wahrnimmt - andererseits.

(Beifall bei der SPD)

Meine Damen und Herren! Ich habe übrigens das, was Herrn Späth betrifft, vorhin in einer Art und Weise charakterisiert, die ich nicht aufrechterhalte. Das habe ich vorhin vor dem Ältestenrat ausdrücklich gesagt. Ich hatte das als "kriminell" bezeichnet. Das nehme ich zurück.

(Beifall bei der SPD)

Die Bewertung dessen, was die CDU macht, was die Mitbestimmung anbetrifft, überlasse ich der Öffentlichkeit. Das, was Herr Schauerte hier heute morgen gemacht hat - - Wir haben übrigens nach zähen, manchmal unwürdigen Verhandlungen im Ältestenrat versucht, ihn zu einem Abrücken zu bewegen; dazu war er nicht bereit. Deswegen muß ich das Verhalten von Herrn Schauerte im Namen der Landesregierung

(Lachen bei den GRÜNEN)

(B) - da haben Sie auch einmal Ihren Spaß -, also, ich korrigiere mich: im Namen der Landtagsfraktion der SPD als dem Parlament unwürdig und menschlich unanständig bezeichnen.

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Ich erteile Herrn Hardt für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Hardt (CDU): Frau Präsidentin!

(Der Redner begibt sich nicht zum Rednerpult, sondern spricht von seinem Platz aus.)

Präsidentin Friebe: Können Sie nicht vom Rednerpult aus sprechen?

Abgeordneter Hardt (CDU): Ich glaube, man sollte diesem Wortbeitrag von Herrn Farthmann auch nicht soviel Ehre angedeihen lassen.

(C)

Ich möchte im Namen der CDU-Landtagsfraktion um eine Unterbrechung von zehn Minuten bitten, und ich hätte gerne darüber ebenfalls eine Protokollaussage. Ich bitte Sie, daß Sie uns die zur Verfügung stellen.

Präsidentin Friebe: Herr Hardt, ich möchte Sie herzlich bitten, daß wir dieser Unterbrechung jetzt nicht stattgeben.

(Widerspruch bei der CDU)

- Lassen Sie mich das eben ausführen! Sie haben gerade festgestellt, daß das Protokoll nicht so schnell vorliegen kann. Wenn wir jetzt zehn Minuten unterbrechen, kann das Protokoll einfach noch nicht vorliegen. Deshalb wäre mein Vorschlag, daß wir - wenn es keine andere Erklärung gibt - jetzt in unserer Haushaltsplanberatung weitermachen

(Beifall bei der SPD)

und den Punkt dann noch einmal aufrufen. - Herr Hardt!

(Zurufe)

Abgeordneter Hardt (CDU): Ich bin schon hier, und die CDU-Fraktion ist in sich handlungsfähig. - Das Problem, meine Damen und Herren, ist das Recht, das anderen Fraktionen hier zusteht, die Sitzung zu unterbrechen,

(D)

(Beifall bei F.D.P. und GRÜNEN)

um einer Fraktion Gelegenheit zu geben, sich zu äußern und zu artikulieren. Um noch ein gemeinsames Maß an Konsens herzustellen, habe ich die herzliche Bitte, Frau Präsidentin, uns ebenfalls das Recht einzuräumen und die Sitzung für zehn Minuten zu unterbrechen.

Präsidentin Friebe: Dem will ich auch gern nachgeben. Ich kann Ihnen bloß nicht zusagen, daß Sie sofort das Protokoll bekommen. Das war mein Hinweis. Aber wenn Sie unterbrechen wollen, unterbreche ich die Sitzung für weitere zehn Minuten und berufe das Plenum für 15.10 Uhr ein.

(A) (Präsidentin Friebe)

(Unterbrechung der Sitzung von 14.55 Uhr bis 15.12 Uhr)

Meine Damen und Herren! Ich darf Sie bitten, wieder Platz zu nehmen. Ich erteile das Wort Herrn Dr. Linssen, für die Fraktion der CDU.

Abgeordneter Dr. Linssen (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die CDU ist vorhin bei den Eingangsbemerkungen von Herrn Farthmann ausgezogen, weil wir, die CDU Deutschlands, die Montanmitbestimmung eingeführt, die Montanmitbestimmung gegen das Petitum von SPD und F.D.P. 1983 gesichert haben.

(Lebhafter Beifall von der CDU)

Wir lassen uns deshalb von Ihnen, Herr Farthmann, in dieser Weise nichts unterstellen. Wir sehen natürlich, wie Ihre Strategie angelegt ist, daß Sie versuchen, die Mißlichkeit, in die Sie durch die Verquickung von Regierungsamt und Aufsichtsrat geraten sind, durch einen Nebenkriegsschauplatz aus der Welt zu schaffen.

(Lebhafter Beifall von der CDU)

(B)

Der Kollege Schauerte hat bei seinen Einlassungen, weshalb die SPD hier glaubte, Sitzungsunterbrechung beantragen zu müssen, auf das Spannungsfeld von Politik und Wirtschaft abgehoben, auf die Probleme, die sich durch eine zu enge Verbindung ergeben können, auf die Interessenskonflikte, die entstehen. Ich glaube, daß man alles, was in dieser Debatte hier gesagt worden ist, nur im Zusammenhang der Verquickung vor allen Dingen von Regierungsamt und Aufsichtsratsmandat sehen kann.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Nur darum geht es.

Deshalb hat ja zunächst auch bei der SPD im Vordergrund die Frage der Rechtmäßigkeit einer Wahl von Herrn Schleußer in den Aufsichtsrat gestanden. Das war die Zwischenbemerkung vom Kollegen Schauerte, die er hier eingeworfen hat: "Aber rechtmäßig muß es sein!"

Darüber gibt es Streit zwischen Ihnen und uns. Dar-

(C)

über gibt es Gutachten, darüber gibt es Kommentare zu dem entsprechenden Passus der Landesverfassung. Der Justitiar der Landtagsverwaltung hat in seiner Stellungnahme, die uns gestern überreicht worden ist, klar geschrieben: "Folgt man der wohl herrschenden Meinung im Schrifttum, dürfte die Genehmigung" - zur Wahl Schleußers in den Aufsichtsrat - "nicht erteilt werden. Denn bei der Thyssen AG Duisburg handelt es sich nicht um ein Unternehmen, bei dem das Land entweder durch kapitalmäßige Beteiligung oder durch andere rechtliche oder organisatorische Gegebenheiten ein Übergewicht besitzt." Soweit die Rechtsauffassung des Justitiars, der wir uns in diesem Fall voll inhaltlich anschließen.

(Lebhafter Beifall bei der CDU)

Wir werden es nicht zulassen, daß sich die SPD bei dieser ihr mehr als unangenehmen Frage herausstiehlt, dieser Frage, die auch nichts - das betone ich für die CDU-Fraktion ganz klar - mit Aufsichtsratsvergütungen zu tun hat. Nur, damit Sie uns richtig verstehen. Wir neiden niemandem das Geld - das er zum größten Teil abführt; das sei hier ganz klar gesagt,

(Beifall bei der CDU)

(D)

und das finden wir auch gut so -, sondern es geht ganz einfach darum: Wie wollen wir das in Zukunft handhaben?

Von der SPD wird immer angeführt, daß es 1977 einen angeblichen Konsens hier im Hause gegeben hat, in dem Herr Köppler gesagt habe: Wir respektieren die Wahrnehmung eines Aufsichtsratspostens dort, wo das Land beteiligt ist, und dort, wo montanbestimmt wird.

Meine Damen und Herren, daß dies hier im Laufe der Zeit so nicht durchgehalten wurde, macht nur eine Betrachtung der Geschichte deutlich. 1978 wurde Herrn Farthmann die Erlaubnis erteilt, in den Aufsichtsrat von Gerresheimer Glas zu ziehen. Das hat nichts mit Montanmitbestimmung und nichts mit Beteiligung des Landes zu tun.

(Minister Clement: Aber mit Ihrer Zustimmung!)

- Ich komme gleich darauf. - 1983 wurde Herrn

(A) (Dr. Linssen [CDU])

Farthmann die Genehmigung erteilt, in den Aufsichtsrat von Horten zu ziehen. Das hat nichts mit den von Herrn Köppler genannten Kriterien zu tun. Das heißt, ich bekenne für die CDU klar, daß wir vielleicht damals schon nicht richtig aufgepaßt haben.

(Abgeordneter Appel [GRÜNE]: Ha, ha, jetzt seid ihr aufgewacht!)

Ich bekenne das ganz offen und sage: Wir haben uns die Verfassung angesehen. Wir kommen heute zu einer klaren Auffassung und haben das auch im Hauptausschuß so diskutiert.

(Zuruf der Abgeordneten Höhn [GRÜNE])

Ich kann nur heute an dieser Stelle noch einmal darauf hinweisen, daß wir bei diesem Thema, der Verquickung von Aufsichtsratsmandaten und Regierungsausschüssen - Exekutive - ,

(Zuruf des Ministers Clement)

die unglaublich viel mit Entscheidungen des Landes zugunsten auch bestimmter Konzerne in diesem Land zu tun hat, sensibel geworden sind. Da denke ich vor allem an diejenigen, der hinter mir am meisten dazwischenruft, Herrn Clement, bei dem auch die größte Verstrickung vorliegt, nämlich bei Rheinbraun,

(B)

(Lebhafter Beifall bei der CDU - Beifall bei F.D.P. und GRÜNEN)

wo wir demnächst zu entscheiden haben, ob "Garzweiler II" als Tagebau in Betrieb geht, ja oder nein. Das ist eine vor allem die Administration unglaublich berührende Frage.

(Zuruf des Abgeordneten Hunger [SPD])

Ich möchte an dieser Stelle folgende Minister und Ministerinnen auffordern, ihre Aufsichtsratsmandate niederzulegen:

Finanzminister Heinz Schleußer bei der Deutschen Babcock-Werke AG in Oberhausen,

(Beifall bei der CDU)

Herrn Justizminister Krumsiek als Mitglied des Beirats bei der Barmenia-Versicherung,

(Beifall bei der CDU)

Herrn Hermann Heinemann als Mitglied des Aufsichtsrats und Aufsichtsratspräsidiums, bei der Co op, Dortmund,

(Beifall bei der CDU)

Herrn Hermann Heinemann als Mitglied des Beirates der Multi Media Filmgesellschaft, Hamburg,

(Oh-Rufe und Beifall bei der CDU)

Frau Ilse Brusis als Mitglied des Aufsichtsrates der Thyssen AG, Duisburg,

(Beifall bei der CDU)

Herrn Wolfgang Clement als Mitglied des Aufsichtsrats der Rheinbraun AG,

(Beifall bei der CDU - Abgeordneter Frey [SPD]: In welchem Aufsichtsrat sind Sie denn?)

Herrn Wolfgang Clement als Mitglied des Aufsichtsrats der Mannesmann-Röhrenwerke AG.

(Anhaltender lebhafter Beifall bei der CDU)

(D)

Präsidentin Friebe: Ich erteile jetzt Herrn Abgeordneten Dr. Vesper für die Fraktion DIE GRÜNEN das Wort.

Abgeordneter Dr. Vesper (GRÜNE): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Herr Linssen, natürlich begrüßen wir, was Sie im Ergebnis gesagt haben. Auch sind wir dafür, daß die Minister und Ministerinnen Aufsichtsratsmandate niederlegen. Wir werden diese Forderung - das sage ich gleich zu Beginn - im April hier vor den Landtag bringen, und da werden wir sehen, wie Sie sich dazu verhalten.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Aber, Herr Dr. Linssen, Sie kommen mir nicht so billig davon. Sie haben all diesen Aufsichtsratsmandaten zugestimmt, und Sie sind es doch, die dieses Verhalten mit gedeckt haben!

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Kolleginnen und Kollegen haben in den wenigen Minuten, die wir jetzt hatten, nur einmal die Abgeordneten von CDU und F.D.P. durchgezählt: 30 Abgeordnete verfügen da alleine über 41 Aufsichtsratsmandate.

(Lachen bei GRÜNEN und SPD)

Sie sollten diese Aufsichtsratsmandate gefälligst auch niederlegen! Was für die anderen gilt, muß auch für Sie selbst gelten!

(Lachen bei der SPD - Zurufe - Glocke der Präsidentin)

Meine Damen und Herren, die Aussagen von Herrn Schauerte kann man wirklich nur als "beschauerte" Aussagen werten. Es ist schade, daß hier ausgerechnet von einem Bock, der sich selbst zum Gärtner machen will, eine Debatte ausgelöst wird, die in diesem Hause politisch sehr sinnvoll und sehr notwendig ist, nämlich über die Frage: Ist die Verquickung von Wirtschaftsinteressen in Aufsichtsräten mit politischen Aufgaben gut für die Demokratie? - Dazu sagen wir eindeutig nein.

(B)

(Beifall bei den GRÜNEN)

Das Verhalten der CDU empfinden wir als reines Pharisäertum.

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

In ihrer Anklage gegen die Aufsichtsratsmandate von Ministern entbehrt die CDU jeder, aber auch wirklich jeder Glaubwürdigkeit. Wie Herr Farthmann schon gesagt hat: Die CDU hat dieses Spiel seit Jahren, seit Jahrzehnten immer mitgetragen. Wenn das gesetzwidrig war - und dafür spricht einiges -, dann wurden diese gesetzlichen Bestimmungen eben nicht nur durch die einen, sondern auch durch die anderen gebrochen. Man kann sich nicht von eigenem Versagen und eigenen Verstrickungen dadurch befreien, daß man jetzt laut das Gegenteil in die Welt posaunt!

(Zurufe von CDU und F.D.P.)

Auch der Vergleich mit dem Verhalten von Lothar Späth ist mehr als problematisch. Dieser Ministerprä-

(C)

sident hatte sich in einem Maße von der Industrie abhängig gemacht, daß die Grenzen zwischen Politik und Industrie völlig unsichtbar waren und daß viele von Korruption sprechen. Das wird ja in Baden-Württemberg auch gerichtlich geprüft.

Trotzdem stützt die CDU Baden-Württembergs Lothar Späth moralisch auch heute noch. Das ist doch die eigentliche Verrohung im Stil der Politik!

(Beifall bei GRÜNEN und SPD)

Meine Damen und Herren, es ist kein Geheimnis, daß auch wir die Mitgliedschaft von Ministern und Ministerinnen in Aufsichtsräten für falsch halten. Es geht uns aber nicht um die Ebene des persönlichen Angriffs, sondern wir meinen das auf einer politischen Ebene.

(Abgeordneter Schauerte [CDU]: Ordnungspolitisch!)

Das ist eine viel zu ernste Angelegenheit, als daß uns hier so unernste Showeffekte vorgeführt werden sollten.

Ich will Ihnen ein Beispiel geben: Der Chef der Staatskanzlei - ich meine nicht Herrn Clement persönlich, sondern den Chef der Staatskanzlei als Amt - muß als Aufsichtsratsmitglied der Rheinbraun nach Aktienrecht das Wohl des Unternehmens im Auge haben. Gleichzeitig hat er im Kabinett über den Antrag von Rheinbraun auf Aufschluß des Braunkohleabbaus Garzweiler II zu entscheiden. In dieser Entscheidung ist er doch überhaupt nicht mehr frei.

(D)

(Beifall bei GRÜNEN und CDU)

Ist er nun Vertreter des Unternehmens, der dem Wohl des Unternehmens verpflichtet ist, oder entscheidet er als Politiker, der dem Wohl des Ganzen verpflichtet ist, meine Damen und Herren? Das ist doch die entscheidende Frage.

Dasselbe gilt für den Finanzminister im Thyssen-Aufsichtsrat. Die Transrapid-Entscheidung steht an. Diese Entscheidung müssen wir hier politisch fällen. Deshalb darf kein Vertreter des Unternehmens diese Entscheidung treffen, der das Wohl des Unternehmens, das sich für diesen Auftrag interessiert, im Auge hat.

(A) (Dr. Vesper [GRÜNE])

(Beifall bei den GRÜNEN)

Meine Damen und Herren, fruchtbar könnte diese Debatte nur dadurch werden, daß wir uns alle endlich auf das einigen, was wir Grünen schon immer gesagt haben: Klare Trennung von Politik und Unternehmensinteressen! Weg mit den Aufsichtsratsmandaten für die Minister und Ministerinnen!

Darum werden wir diesen Antrag nicht juristisch, sondern auf der politischen Ebene in diesen Landtag einbringen. Der Hauptausschuß hat seine Zustimmung zu den Aufsichtsratsmandaten gegeben. Wir werden diese Zustimmung hier im Plenum überprüfen lassen; denn der Landtag steht über dem Hauptausschuß.
- Ich danke Ihnen.

(Beifall bei den GRÜNEN)

Präsidentin Friebe: Zur Geschäftsordnung hat sich Herr Abgeordneter Dorn gemeldet. Nach unserer Geschäftsordnung habe ich ihm sofort das Wort zu erteilen. Das tue ich hiermit.

(B) Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir befinden uns in der 2. Lesung des Haushalts. Der Punkt 7 - Stellenpläne - ist aufgerufen worden. In der Beratung, die trotz Meinungsverschiedenheiten in Einzelfragen sachlich begonnen hat, ist eine Ausweitung weit über das hinaus eingetreten, was mit der Tagesordnung zu tun hat.

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Ich bin der Meinung, Frau Präsidentin, daß es dringend erforderlich ist, daß wir auf die Tagesordnung zurückkommen, damit wir heute die 2. Lesung des Haushalts beenden können.

(Erneuter Beifall bei F.D.P. und SPD)

Der Haushalts- und Finanzausschuß sowie die Stellenplankommission müssen ihre Sachentscheidungen für die 3. Lesung vorbereiten, die im April stattfindet.

(Abgeordneter Schmidt [Wetter] [SPD]: Sehr richtig!)

(C)

Ich bin der Meinung, daß es keinen Sinn hat, weitere Eitelkeiten oder Hahnenkämpfe auszutragen, wie das in den letzten zwei Stunden der Fall gewesen ist.

Meine sehr verehrten Damen und Herren der beteiligten großen Fraktionen: Ich kann die Erregungen bei der CDU über manche Äußerung des Fraktionsvorsitzenden der SPD verstehen.

Präsidentin Friebe: Bitte zur Geschäftsordnung!

Abgeordneter Dorn (F.D.P.): Er hat sich entschuldigt.

Ich kann auch verstehen, daß die SPD-Fraktion über manche Äußerung der CDU erregt ist. Aber das bringt uns in der zweiten Lesung des Haushalts nicht weiter.

(Zurufe von der SPD)

Wir müssen heute die Fragen entscheiden, die auf der Tagesordnung stehen. Und wenn hier in der Frage der Aufsichtsratspositionen und ihrer Rechtmäßigkeit oder Nichtrechtmäßigkeit entschieden werden soll, dann muß das auf die Tagesordnung des Parlaments. Dann kann an Ort und Stelle der Kampf ausgetragen werden. Ich beantrage hiermit, zur Tagesordnung zurückzukehren.

(D)

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

Präsidentin Friebe: Herr Prof. Dr. Farthmann!

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Ich hatte mich doch zuerst gemeldet!)

- Nein.

(Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.]: Doch!
- Abgeordneter Tschoeltsch [F.D.P.] und Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.] begeben sich zur Präsidentin.)

- Entschuldigung, ich - -

(Unruhe - Glocke der Präsidentin - Heiterkeit und demonstrativer Beifall bei der SPD - Ab-

(A) (Präsidentin Friebe)

geordneter Dr. Farthmann [SPD] und Abgeordneter Dr. Rohde [F.D.P.] verständigen sich untereinander.)

- Es gibt die Vereinbarung, daß zunächst Dr. Rohde das Wort nimmt. Herr Dr. Rohde, ich erteile Ihnen das Wort.

Abgeordneter Dr. Rohde (F.D.P.): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich glaube, wir tun uns weder als Abgeordnete noch als Minister einen Gefallen durch diese Art der Auseinandersetzung. Oder anders herum: Ich glaube, wir tun der politischen Klasse - ich formuliere es einmal so, wenn ich uns in derselben Weise als politische Gruppierung bezeichne - überhaupt keinen Gefallen.

(Beifall bei der F.D.P.)

Deshalb, Herr Linssen, halte ich weder etwas von dieser Art Schauprozesse oder öffentlicher Anklage, die Sie hier zelebriert haben,

(Beifall bei F.D.P. und SPD)

(B)

noch halte ich, Herr Farthmann, etwas davon, daß Sie die Bemühungen der CDU, hier zu einer Trennung von politischem Mandat und Position in der Wirtschaft zu kommen, als Angriff auf die Montanmitbestimmung zu disqualifizieren versuchen. Das ist genausowenig gerechtfertigt.

(Beifall bei F.D.P. und CDU)

Die Materie, mit der wir es zu tun haben, ist außerordentlich kompliziert. Das ergibt dieses, wie ich finde, unsägliche Rechtsgutachten der Landtagsverwaltung. Verehrte Kollegen von der CDU, dort wird inhaltlich ausgeführt, daß es eben keine eindeutige Rechtslage gibt. Sie können sich nicht auf eine einseitige Rechtslage berufen, sondern das ist eine außerordentlich komplizierte und zweifelhafte Position.

Hier wird in dem Gutachten ausgeführt:

Andererseits enthält Artikel 64 eindeutig keine materiellen Einschränkungen.

Und die Entstehungsgeschichte und der Zweck der Vorschriften geben, wie dargelegt, auch kein klares

(C)

Bild. In dieser Situation beruft man sich auf ein gewisses Gewohnheitsrecht oder jedenfalls auf eine Rechtspraxis, die bisher immer gegolten hat. Und die hieß:

Bei dieser Sachlage wird man auch die bisherige Genehmigungspraxis in Nordrhein-Westfalen nicht außer acht lassen können.

Wenn man zu einer Neuregelung kommen will - und dafür gibt es sicher eine Reihe von Gründen -, hätte ich es für sinnvoller gehalten, wenn man das hier nicht öffentlich aufgeklärt hätte, sondern wenn man sich einmal im Hauptausschuß oder im Ältestenrat zusammengesetzt hätte,

(Beifall bei der SPD)

um zu einer Regelung zu kommen, die allen Interessen gerecht wird, wobei ich der Auffassung bin, daß der wesentlichste Punkt ist, daß man nicht in Befangenheitskonflikte gerät. Die Gemeindeordnung sieht die Regelung vor, daß sich jemand, der möglicherweise eine Entscheidung trifft, die für ein Unternehmen von Belang ist, oder der umgekehrt befangen ist, der Stimme enthalten muß. Das ist eine vernünftige Regelung.

Ich beantrage also, daß wir uns in einer Sitzung des Hauptausschusses oder des Ältestenrats über diese komplizierte Materie unterhalten. Ich halte die Form der Auseinandersetzung hier für wenig dienlich.

(D)

(Beifall bei Abgeordneten der F.D.P.)

Präsidentin Friebe: Frau Robels meldet sich zur Geschäftsordnung. Nach unserer Geschäftsordnung habe ich ihr jetzt das Wort zu erteilen. Bitte schön!

Abgeordnete Robels-Fröhlich (CDU): Frau Präsidentin, Herr Dorn hatte soeben in einem Antrag zur Geschäftsordnung gebeten, die Debatte abzubrechen. Ich bin der Meinung, Sie hätten zunächst über diesen Antrag abstimmen lassen müssen.

(Beifall bei Abgeordneten aller Fraktionen)

Ist das richtig, oder liege ich damit falsch?

(A)

Präsidentin Friebe: Es kann natürlich noch jemand gegen den Geschäftsordnungsantrag sprechen.

(Abgeordneter Dr. Farthmann [SPD]: Aber diejenigen, die sich vorher zu Wort gemeldet hatten, müssen noch das Wort ergreifen können! - Abgeordneter Wendzinski [SPD]: Sonst hätte Herr Rohde auch nicht mehr reden dürfen.)

Ich frage Herrn Prof. Farthmann, ob er das Wort ergreifen möchte.

(Widerspruch bei der CDU - Zustimmung des Abgeordneten Dr. Farthmann [SPD])

- Bitte!

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Meine Damen und Herren! Ich bestehe darauf, daß ich auf das, was Herr Linssen hier gesagt hat, antworten kann.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Ich hatte mich darauf auch direkt zu Wort gemeldet. Danach kann die Debatte zu Ende sein.

(B)

(Widerspruch bei der CDU und bei Abgeordneten der F.D.P.)

- Wenn Sie es so wollen, dann spreche ich mich gegen den Geschäftsordnungsantrag aus und bitte darüber abstimmen zu lassen, ob ich noch reden darf.

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, es wurde der Antrag gestellt, zur Tagesordnung überzugehen. Darüber lasse ich jetzt abstimmen.

(Abgeordneter Dr. Linssen [CDU]: Herr Farthmann soll noch reden!)

- Herr Dorn hat den Antrag gestellt, zur Tagesordnung überzugehen. Darüber lasse ich abstimmen.

Wer für den Antrag von Herrn Dorn ist, zur Tagesordnung überzugehen, den bitte ich um ein Handzeichen. - Danke schön. Wer ist dagegen? - Danke

(C)

schön. Enthält sich jemand der Stimme? - Das ist nicht der Fall. Der Antrag ist abgelehnt.

Ich erteile Herrn Abgeordneten Dr. Farthmann das Wort.

Abgeordneter Dr. Farthmann (SPD): Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Ich freue mich darüber, daß ich jetzt noch eben das Wort nehmen kann. Ich habe Verständnis dafür, daß Sie alle etwas ungeduldig werden. Die Zeit schreitet voran. Ich will es auch so kurz wie möglich machen.

Drei Bemerkungen! Die erste: Herr Linssen, Sie haben das ganz geschickt gemacht, hier alle Mandate aufzuzählen. Das war auch ein Stück Stimmungsmache gegen die Mitbestimmung; so macht man das ja.

(Beifall bei der SPD - Widerspruch bei der CDU)

- Lassen Sie mich doch die Tatsachen feststellen; daran ist doch nicht vorbeizukommen.

Ob diese Damen und Herren Mitglieder der Landesregierung in den Aufsichtsräten, die Sie genannt haben, bleiben oder nicht, entscheiden die dort Beschäftigten, die ihnen das Mandat geben; weder die CDU noch die GRÜNEN haben darüber zu befinden.

(D)

(Beifall bei der SPD)

Zweite Bemerkung: Herr Linssen, über die Frage der Zustimmungsfähigkeit bei Aufsichtsratsmandaten von Mitgliedern der Landesregierung kann man durchaus reden, obwohl jetzt nicht der Eindruck erweckt werden darf, als sehe das Gesetz irgendeine Bedingung vor. Insoweit gibt es überhaupt keine Einschränkung. Aber man kann politisch darüber reden. Die Auffassungen sind unterschiedlich; auf Bundesebene ist das in der Tat stets anders gehandhabt worden als auf Landesebene.

Aber ich greife das auf, was Herr Rohde eben gesagt hat. Wenn man von einer jahrzehntelangen Übung abrückt, wäre es unter gestandenen Parlamentariern angemessen gewesen, aufeinander zuzugehen und zu sagen: Richten Sie sich darauf ein, daß wir das nicht mehr mitmachen.

(A) (Dr. Farthmann [SPD])

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Statt dessen kommt wie Kai aus der Kiste ein parlamentarischer Schuß dagegen mit offenbar gleichzeitig vorgesehener Pressebeteiligung; denn die Presse ist ja entsprechend beteiligt worden. Ich muß Ihnen offen sagen: Das ist nicht der Stil, in dem wir hier miteinander umgehen sollten.

(Beifall bei der SPD und bei Abgeordneten der F.D.P.)

Dann zu der dritten Bemerkung, die die Schauerte-Äußerung betrifft! Ich hatte genau Ihre Reaktion erwartet. Herr Schauerte hat gesagt:

Es ist eine gleichzusetzende Verquickung von Politik und Wirtschaft, wenn man sich wie Herr Späth für private Urlaubsfreuden auf Unternehmenskosten aushalten läßt einerseits und die Wahrnehmung von Aufsichtsratsmandaten in der Mitbestimmung andererseits.

(Widerspruch bei der CDU)

(B)

Das hat Herr Schauerte gleichgesetzt. Das habe ich im Ältestenrat ausdrücklich festgestellt. Und von dieser Gleichsetzung hat sich die CDU als Ganzes nicht distanziert. Irgendwo muß man Sie ja auch noch ernst nehmen können, Herr Linssen.

(Beifall bei der SPD - Lebhaftes Zurufe von der CDU: Das Zitat ist falsch!)

Davon haben Sie sich nicht distanziert. Solange Sie das nicht tun, billigen Sie die Äußerung von Herrn Schauerte, solange müssen Sie die Äußerung von Herrn Schauerte, die protokollarisch belegt ist, gegen sich gelten lassen und solange werden Sie bis ans Ende aller Tage von uns hören, daß Sie die Mitbestimmungspraxis hier im Lande diffamieren.

(Lebhafter Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Meine Damen und Herren, weitere Wortmeldungen liegen nicht vor.

Ich hatte zuvor angekündigt, daß ich das Protokoll durchlesen würde. Die Passage von Herrn Schauerte,

(C)

um die es hier ging, möchte ich zitieren:

Wenn ich das noch sagen darf: Das, was dem Herrn Späth da angelastet wird, warum er gehen mußte, ist bei der Verquickung, die Sie hier zum Teil haben, muß ich sagen, ist Herr Späth ein Meßdiener gewesen.

Das halte ich für einen schlechten politischen Stil und für parlamentarisch auch nicht in Ordnung.

(Beifall bei der SPD)

Auch das Klatschen, meine Damen und Herren, ist jetzt überflüssig. Ich rufe jetzt Nummer 2 auf: Einzelplan 14 - -

(Lebhafter Widerspruch bei der CDU)

- Nein, meine Damen und Herren, wir waren bei der Behandlung der Stellenpläne, und hier habe ich noch eine Wortmeldung - ich bitte um Entschuldigung; das habe ich übersehen -; der Minister hatte sich zu diesem Punkt noch zu Wort gemeldet.

(Erneut heftiger Widerspruch bei der CDU)

Die Diskussion über die Stellenpläne war noch nicht abgeschlossen. Es steht noch die Antwort bzw. die Wortmeldung des Ministers zu diesem Punkt Stellenpläne aus, und dazu erteile ich Ihnen das Wort, Herr Minister.

(D)

(Zuruf von der CDU: Das ist Parteipolitik, was Sie betreiben!)

Finanzminister Schleußer: Frau Präsidentin! Meine Damen und Herren! Sich - erstens - den Vorwurf anhören zu müssen, nicht anwesend zu sein, sich dann zu melden, und wenn man - zweitens - nach drei Stunden das Wort erhält, gesagt zu bekommen, das sei Parteipolitik, das ist schon ein bißchen weit hergeholt.

Worum es ging - und da möchte ich wirklich nachdrücklich die CDU-Fraktion und Sie, Herr Dr. Linssen, ansprechen -: Zur Zeit tagt in Bonn der Finanzplanungsrat, alle Finanzminister sind dort anwesend, und ich finde es ein wenig bedauerlich, daß, wenn der Finanzminister des Landes Nordrhein-

(A) (Minister Schleußer)

Westfalen nur den Versuch unternimmt, mit dem dort anwesenden Staatssekretär zu telefonieren, das zu einer Rüge hier führt. In anderen Parlamenten, gleichgültig, welche Partei die Landesregierung stellt, ist es selbstverständlich, daß das als akzeptierte Abwesenheit gilt.

(Beifall bei der SPD)

Vielleicht wäre das auch ein Punkt, den man mit beraten könnte.

Es sind die Stellenpläne und in diesem Zusammenhang die Tarifentwicklung angesprochen worden, und ich will dazu sagen: Jeder, der die Zahlen verfolgt, jeder, der Vergleiche zieht, muß wissen, daß Nordrhein-Westfalen die niedrigste Personalquote aller Länder hat, daß Nordrhein-Westfalen die niedrigsten Personalausgaben im Verhältnis zu seinen Einwohnern hat und daß wir die niedrigste Zahl der Vollzeitbeschäftigten im Verhältnis zu den Einwohnern haben. Das sind Zahlen und Fakten, die jeder zur Kenntnis nehmen müßte, der die Vergleiche kennt.

Nun kommt das entscheidende Argument, das sei ja alles nicht stichhaltig, weil es dort Landschaftsverbände gebe, und die würden die Personalkostenquote verändern. Wer ehrlich bleibt und wer bei den Fakten bleibt, müßte genausogut die Finanzmasse der Landschaftsverbände mit einrechnen und käme zu genau dem gleichen Ergebnis. Das heißt, es gibt kein Land, in dem die Personalkostenausstattung, die Personalkostenfinanzierung so niedrig ist wie in Nordrhein-Westfalen.

Es ist von Ihnen, Herr Kollege Wickel, kritisiert worden, daß vor allen Dingen im Bereich der Regierungspräsidenten verstärkt Personal eingesetzt wird. Sie sagen, das sei nicht notwendig. Es ist Ihnen bereits in Zwischenrufen deutlich gemacht worden, daß das Verstärkung der Genehmigungsbehörden, Verstärkung des Umweltschutzes ist, und es ist Ihnen auch klar, daß gerade Nordrhein-Westfalen, was die Genehmigungsverfahren angeht, keineswegs hintere Positionen, sondern vordere einnimmt.

Wenn Sie dann meinen, diese Genehmigungsverfahren könnte man noch weiter verkürzen, bin ich sehr Ihrer Auffassung. Nur dann müssen wir gemeinsam darüber nachdenken, wie denn das Bundesrecht geändert werden kann. Sie kennen die Initiative, die nicht

nur für die neuen Länder gewisse Erleichterungen vorsehen könnte, sondern auch für die alten Länder. Das würde bedeuten, Herr Kollege Wickel - und da sind wir vielleicht im Haushalts- und Finanzausschuß auf einem gemeinsamen Weg -, daß wir Personalkosten senken und trotzdem Genehmigungsverfahren beschleunigen können. Ich bin gern bereit - und ich sage Ihnen das ausdrücklich -, diesen Weg zu gehen. Nur solange wir vom vorhandenen Bundesrecht ausgehen, geht es leider nicht anders.

Präsidentin Friebe: Herr Minister, gestatten Sie eine Zwischenfrage von Herrn Abgeordneten Bensmann?

(Minister Schleußer: Natürlich!)

Bitte schön, Herr Bensmann!

Abgeordneter Bensmann (CDU): Herr Minister, wie hoch ist denn die Personalkostenquote im Landeshaushalt 1991, wenn Sie hier betonen, daß das Land die günstigste Quote im Ländervergleich hätte?

Finanzminister Schleußer: Sie wissen, daß die Personalkostenquote in Nordrhein-Westfalen unter 39 % liegt. Die Zahlen sind Ihnen bekannt. Ich lasse ja keine Möglichkeit aus, Sie immer so kurzfristig wie eben möglich bezüglich der Quoten - nicht nur der Personalkostenquote - zu informieren.

Zur Tarifbewegung. Da finde ich schöne und abstrakte, für niemanden verständliche Zahlen. Sie wissen, daß sich die Tarifvertragsparteien auf 6 % Lohn- und Gehaltserhöhung verständigt haben. Würden diese 6 % übergeleitet werden, wäre das ein Ausgabevolumen von etwas über 1,4 Milliarden DM. Hinzu kommen strukturelle Veränderungen, die allerdings das Land nicht in dem Maße treffen wie die Gemeinden, weil nun einmal die Zahl der im Erziehungsbereich Tätigen, weil nun einmal die Zahl der im Pflegedienst Beschäftigten in den Ländern nicht sonderlich groß ist. Für Nordrhein-Westfalen machen die strukturellen Veränderungen insgesamt etwa 40 Millionen DM aus.

Ich habe Ihnen bereits bei der Haushaltseinbringung gesagt, welche Zahlen wir im Haushalt vorgesehen haben. Es waren 1,7 Milliarden DM Personalkostensteigerung für 1991. Das haben Sie seit Dezember

(C)

(B)

(D)

(A) (Minister Schleußer)

gedruckt vorliegen. Wenn Sie das in Einklang bringen, dann sehen Sie durchaus, daß es weder 400 Millionen noch 500 Millionen oder etwa 1 Milliarde DM Löcher durch Personalkostensteigerung gibt, sondern daß dieser Haushalt, wie in den übrigen Punkten auch, auf der sicheren Seite gefahren wird. Das sind ja sehr häufig die Vorwürfe, die Sie mir machen: daß der Haushalt auf der riskanten Kante gefahren würde, nicht auf der sicheren Seite. Das habe ich Ihnen hier z. B. mit dem Ansatz der Personalausgaben widerlegt. Es gibt nach diesem Tarifvertrag und nach dem Ansatz im Haushalt keinen Grund, weder bis zur dritten Lesung noch über einen Nachtrag, eine Veränderung bei den Personalkosten herzustellen.

Wenn man heute die Steigerungsrate des Haushalts des Landes Nordrhein-Westfalen mit den übrigen Flächenländern vergleicht, liegen wir auch nach der Abseckung der 1,4 Milliarden DM relativ hoch. Aber ich bin sicher: Stellt sich das Rechnungsergebnis 1991 dar, wird Nordrhein-Westfalen zu den Ländern gehören, die am unteren Ende der Steigerungsrate liegen - ich sage Ihnen: nicht nur an diesem Punkt. Trotz vieler gegenteiliger Behauptungen, die durch nichts belegbar sind, fährt Nordrhein-Westfalen einen soliden Haushalt, und wir behalten das auch 1991 bei.

(B)

(Beifall bei der SPD)

Präsidentin Friebe: Vielen Dank, Herr Minister!
- Damit sind die Stellenpläne beraten.

Ich rufe die Nummer 2 auf:

Einzelplan 14: Ministerium für Bauen und Wohnen

Mit Drucksache 11/1114 liegt Ihnen die Beschlussempfehlung vor. Darüber hinaus liegen Änderungsanträge der Fraktion DIE GRÜNEN und der Fraktion der CDU vor.

Ich eröffne die **Beratung** und erteile Herrn Abgeordneten Zellnig für die Fraktion der CDU das Wort.

Abgeordneter Zellnig (CDU): Frau Präsidentin! Meine sehr geehrten Damen und Herren! In der

(C)

Regierungserklärung des Ministerpräsidenten steht:

Es gibt eine neue Wohnungsnot in Deutschland.

Die neue Wohnungsbauministerin teilt mit, daß in Nordrhein-Westfalen mindestens 400 000 Wohnungen fehlen.

Seit diesen Feststellungen aus dem vergangenen Jahr sind wiederum viele Monate mit endlosen Diskussionen ins Land gegangen. Die Tatbestände haben sich in diesen Monaten verschärft.

In den Wohnungsämtern unseres Landes, aber auch bei den einzelnen Wohnungsbaugesellschaften spielen sich teilweise chaotische Szenen ab, wenn Menschen, die nicht oder völlig unzureichend untergebracht sind, erneut mitgeteilt bekommen, daß für sie keine Wohnung vorhanden ist.

Bei der Einbringung unseres Antrags "250 000 neue Wohnungen für Nordrhein-Westfalen bis 1995" im September habe ich erklärt, daß Schluß sein muß mit dem Taktieren, Finassieren und Schuldzuweisen, weil hieraus keine einzige zusätzliche neue Wohnung entstünde. Richtig ist, daß es des Analysierens genug ist und daß nun tatsächlich gehandelt werden muß.

Ich möchte mit Erlaubnis der Präsidentin die zuständige Ministerin aus einer Rede auf dem Architektenkongreß in Norderney zitieren. Sie betonte:

Es ist zu befürchten, daß die Situation auf dem Wohnungsmarkt und gerade auf dem Teilmarkt der Sozialwohnungen sozialen Sprengstoff in sich birgt. Wir sollten dies sehen.

Deshalb ist es dringend notwendig zu handeln. Und ich sage hier noch einmal: Es bringt uns in einer solchen Situation überhaupt nicht weiter, wenn jeder immer nur mit dem Finger auf den anderen zeigt und meint, er solle das Problem lösen. Wir werden die gravierenden Probleme auf dem Wohnungsmarkt nur lösen, wenn jeder seiner Verantwortung gerecht wird. Die Wohnungsverorgung der Menschen ist eine gemeinsame Verantwortung von Bund, Ländern und Gemeinden.

Genau so ist es! Wir stehen in einer Notlage, in der gehandelt werden muß, und jeder muß seiner Verant-

(D)